

erkannt. Die Bauvertrauensmänner sollen die Vermittlung zwischen der Organisation und ihren Mitglieder besorgen und Streitigkeiten sollen durch die beiden Organisationen geschlichtet werden; falls das nicht geht, soll ein Schiedsgericht entscheiden, das aus je drei Mitgliedern der beiden Organisationen und einem technischen Beamten der Statthalterei besteht. Der 1. Mai wird als Festtag anerkannt. Der Vertrag wird auf 3 Jahre geschlossen. Vor seinem Ablauf wird die Statthalterei neuerlich Verhandlungen einleiten.

Als der Vertrag unterzeichnet wurde, hielt der Statthalter Graf Kielmansegg eine Ansprache an die Vertreter beider Teile, worin er seiner Freude Ausdruck gab, daß dieser Lohnkampf in moderner Form geschlichtet wurde. Dann sprach er der Arbeiterchaft seine Anerkennung aus, daß sie trotz der schwersten Entbehren volle Ruhe bewahrt habe und erklart, daß die Statthalterei immer bemüht sein werde, auch bei anderen Branchen die Rolle des ehrlichen Vermittlers zu übernehmen. Ihm antwortete nach dem Vertreter der Unternehmer, Bauat v. Stummer, auch Genosse Hueber, der auf die Bedeutung der Organisationsjahr die Arbeiter hinwies und zum Schluß dem Statthalter und allen Behörden für die „außerordentlichen Bemühungen, den Streit beizulegen“, dankte. „Es geht“, sagte er dann, „ein sozialpolitischer Zug durch Oesterreich und die Behörden sehen die Notwendigkeit ein, Gegenstände auf friedlichem Wege auszugleichen.“ Ein Lob, das unsere deutschen Genossen den deutschen Behörden wohl kaum machen werden. Oesterreich ist eben noch ein wildes Land.

Der große Kampf — der der Organisation der Maurer abein eine halbe Million Kronen gekostet hat, wobei die Subsidien der deutschen Maurer und die Streikzuschüsse der anderen beteiligten Organisationen nicht mitgerechnet sind — ist beendet. Dem siegreichen Kampfe folgen nun die Rüstungen für den Kampf in drei Jahren. Die Organisation der Bauarbeiter zählte Ende 1904 erst 15,000 Mitglieder im ganzen Reich. Ende des vorigen Jahres war sie bereits auf 37,000 angewachsen. Sie wird in den nächsten 3 Jahren so ausgebaut werden, daß sie jeden Widerstand der Unternehmer überwinden wird.

Politische Uebersicht.

Der Kreisaußschuß von Gottes Gnaden.

Das preussische Schulverfassungsgesetz bedroht noch einmal, knapp vor dem Hafen, tödliche Gefahr. Fast scheint es, als ob Sturmübermut zustande brächte, was ehrlischer Volkzorn vergeblich verhindert hat. Das Schiff legt sich bedenklich auf die Seite, und alle Mann werden alle Hände voll zu tun haben, um die schwere Schaar zu beileitigen, die es am Dienstag im Herrenhause erlitten hat.

Die Streitfrage gehört nicht zu jenen, die man, von der Volksseite betrachtet, eine Frage grundsätzlicher Natur nennen dürfte. Aber das Junkertum hat andere Gründe, als das Volk, den Herrenhäusern ist die Frage, die sie aufgeworfen haben, eine Frage des Prinzips. Es handelt sich darum, ob die Regierung des Königs von Preußen den souveränen Kreisaußschuß von Gottes Gnaden anerkennen will oder nicht.

Das Herrenhaus hat am Dienstag dem § 23 der Schulvorlage eine Fassung gegeben, welche besagt, daß die von den Kreisaußschüssen vorgenommene Verteilung der Schulkosten der Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht bedürftig. Nach dem die Junker eben erst sich gegen jede Autonomie der ländlichen Gemeinden ausgesprochen, proklamieren sie die volle Autonomie der ländlichen Kreisaußschüsse; denn dort sind sie die Herren im Hause. Der Staat soll zwar das Recht und die Pflicht haben, zu den Kosten der Schulunterhaltung beizutragen, er hat aber nicht mitzutragen, wenn die von ihm gewährten Mittel verteilt werden sollen; denn diese Verteilung besorgt der Junker am liebsten ganz allein!

Hätte die Regierung diesem höchst gefährlichen Begehren zugestimmt, so wäre das eine so vollständige Kapitulation vor dem Junkertum gewesen, wie sie seit den Tagen des Ministerpräsidenten v. Romieußel nicht mehr dagewesen ist. Der Finanzminister v. Rheinbaben hat immerhin Haltung genug besessen, den Antrag v. Klipping für unannehmbar zu erklären, was die verarmtesten Klippinge, Bodelschwinghe und Bittelwige allerdings nicht hinderte, ihn zum Beschluß zu erheben. Und jetzt steht die Sache so, daß das Herrenhaus entweder seinen Beschluß rückgängig machen muß, oder die Autorität des Königs sich unter die des souveränen Kreisaußschusses beugt, oder aber die ganze Pfaffenbeschwörung wieder zur Hölle fährt, aus der sie gekommen ist.

Die kreisständischen Versammlungen, die Kreistage und demzufolge auch die Kreisaußschüsse waren durch die Revolution des Jahres 1848 abgeschafft, zur Zeit der Gegenrevolution aber wiederhergestellt worden. In ihrer Zusammenfassung, die im Einzelnen nach der dunklen Kupferkarte der Kreisordnungen verschieden ist, tragen sie noch vollständig das Gepräge der Feudalzeit. Auf dem Kreistage hat jeder Besitzer eines Landtagsfähigen Rittergutes des Reiches eine „Stimmstimme“, während die Stände der Städte und der Landgemeinden nur durch Deputierte vertreten werden. So sind die Kreistage und die Kreisaußschüsse die unbeschränkte Domäne des kleinen Herrtums, der Rittergutsbesitzer. Nur in einigen westlichen Provinzen ist der „modernen Zeit“ insofern Rechnung gehalten, daß an die Stelle der „Landtagsfähigen“ „Stimmstimmen-Inhaber“ (Wort und Begriff) kommen aus der alten provinziellständischen Verfassung) die „Reisbegüterten“ gestellt worden sind; das Maß des Einflusses wird also hier nicht nach der Zahl der Hektare, sondern nach der Größe des Geldsacs bemessen.

Diesen Herrschaften soll es nach dem Beschluß des Herrenhauses gestattet sein, über die Verteilung der vom Reiche selbst aufgebracht, sowie der vom Staate beigegebenen Gelder vollkommen frei und ohne Kontrolle zu

verfügen. Die angeforderte Junkerautonomie hat also nicht bloß ideale Bedeutung, sondern sie hat auch einen starken metallischen Untergrund, es soll den Junkern Gelegenheit gegeben werden, bei der Verteilung der Schulkosten in ihre eigene Tasche zu wickeln.

Und da Herr v. Klipping noch den Mut, aufgebracht auf die Verletzung des Finanzministers, daß das Einkommen der ländlichen Klassen des Staates stark zu schwinden scheint, zu antworten: es seien doch die Gelder der Steuerzahler, mit denen der Staat seine Ausgaben erweise. Es ist gut, daß diese Worte gesprochen worden sind, sie beleuchten blitzhell das ganze preussisch-deutsche System, das den Junkern auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Volkes eine Wohlthat nach dem anderen erwirkt. Daher kommt es auch, daß der Uebermut dieser Herren keine Grenze mehr kennt, und daß sie glauben, das Geld der Steuerzahler sei nunmehr dazu da, um von autonomen Kreis-Junker-Ausschüssen zum eigenen Vorteil verwaltet zu werden.

Und sie wollen: Regierung, Herrenhaus, Dreiklassenkammer, sie bandeln, fesseln, schwächen, streiten und haben auf offener Markte, als ob es kein Volk gäbe, die Würde, das ein Recht hätte, in die Sache dreinzugreifen. Wer denkt noch daran, daß es sich hier um das geistige Schicksal vieler Millionen von Volksgenossen handelt, deren Eiern gar nicht darum gefragt worden sind. Diese Schicksalsfrage ist laienmäßig entschieden — nur in der Geldfrage ist man noch nicht einig!

Die Schulvorlage im Herrenhaus.

Das Herrenhaus setzte am Mittwoch die „Schulvorlage“ des Volksschulgesetzes fort. Die wiederholte Abstimmung über den Antrag Klipping zu Gunsten der Autonomie der Kreisaußschüsse — der Antrag war von der Regierung für unannehmbar erklärt worden — ergab eine Annahme, sogar mit verächtlicher Majorität. Die bürgerlich-proletarisch-bürgerliche „Ante“ unter Führung des früheren Oberpräsidenten von Schlesien Graf v. Helldorf erlangte einen kleinen Sieg, indem sie eine Bestimmung aus der Vorlage strich, wonach konfessionelle Unterrichtskommissionen den Städten wider ihren Willen aufzugesetzt werden können. Es bleibt aber abzuwarten, ob diese kleine aber anerkennbare Verbesserung nicht der Kompromißselbst zum Opfer fallen wird, die schon hinter den Kulissen arbeitet und bereits am Mittwoch beim Restorenparagrafen einen scharfen Triumph erlitten hat. Die Herrenhauskommission hatte sich hinsichtlich der Restorenfrage den Städten etwas gnädiger gezeigt, als die Junker des Dreiklassenhauses. Nun aber kam der Guleburger Bodeh und beantragte, vom Minister Stubi unterstützt, die Ueberbahrung der Vorlage im Sinne der Wiederannahme an die Reichsstände des Abgeordnetenhauses. Es half dem Bodeh, Klipping und sonstigen Jungemeyers nicht, daß sie mit angehobenen Händen das Bismarck beschworen, nicht durch das landwirthliche Joch zu gehen. Das Bodeh-Kompromiß gelangte zur Annahme. In demselben Augenblicke, wo das Herrenhaus das lange Schicksal juridisch nahm, daß seine Kommission den Städten gerecht, betätigte es die Schulpatronatsrechte der Junker und nahm einen dahinzielenden Antrag v. Grotzsch auf, für den sich u. a. auch der Protagonist der Mitleid, Herr v. S. unter v. Schleswig-Doellin, ins Zeug legte. Die Einmütigkeit Westpreußens und Pommerns von dem Gesetze entließte noch eine lebhaft Polen- und Antipolenbehalte, in der v. Roschicki dabeihielt, aber auch einräumlicher als seine konservativen Gegner sprach. In der Schlußabstimmung wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Bürgermeister und einiger Professoren angenommen. Am Sonnabend soll die nächste Sitzung stattfinden, man rechnet damit, daß der Streit zwischen den beiden Häusern bis dahin perfekt sein wird.

Im Junkerhaus.

Das Abgeordnetenhause erlebte am Mittwoch zunächst einen Vandalenakt, indem die Junker den Agrarier eine neue Liebesgabe in Gestalt eines Gesetzes über die Schulungsgrenze des Land- und forstwirtschaftlichen Reiches in den nimmermüden Pächern. Die Genossenschaft und die Zentral-Genossenschaft sollten dem erbarmen und die Junker zu entschuldigen, dienbar gemacht werden. Der Freisinnige Träger wandte sich mit Schärfe gegen die Vorlage, die selbst den National-Liberalen und einem Teil des Zentrums verhasst ist. Poddicki erwartete sich durch „warmes“ Eintreten für die Vorlage, die natürlich angenommen wurde, den Dank seiner agrarischen Freunde. — Am Freitag ist die nächste Sitzung. Die vom Herrenhause abgeänderte Schulvorlage steht auf der Tagesordnung.

Militärische Erziehung.

Das Straßburg schreibt uns unser W-Korrespondent unter 2. Juli: Unter den vielen Mitteln, mit denen dem preussischen Militärkaiserreich, nimmt bekanntlich das so genannte „Bajonettieren“ eine hervorragende Stellung ein. Die Uebungsbajonettieren, die zu Gewehrschulungen wie zum Fechten benutzt werden, haben ein sehr erhebliches Gewicht, das das Schießgewehr beinahe übersteigt. Unter dem Vorwand der „Muskelförderung“, der „Kräftigung des Brustkastens“ u. a. m. werden nun Soldaten, die sich irgendwie bei ihren Vorgesetzten misliebig gemacht haben, gezwungen, in einer weit über das übliche hinausgehenden Weise die zur vollständigen Erziehung dieser Bajonette zu strecken, d. h. dieselben waghalsig über 100 Male im gleichmäßigen Tempo vorzuführen und wieder zurückzuführen. Dies Schinderei, die allmählich den gefährlichsten Menschen auf den Hund bringt, wird noch erhöht, indem man die Ueberlebenden in den Schatten in die heißen Strahlen der Sonne stellt und sie vornehmlich noch sich selbstmörderisch angehen läßt und es findet sich, besonders unter den Unteroffizieren und Leutnants, eine große Zahl von verstandigen Soldaten, die kein anderes Vergnügen können, als eine solche raffinierte Schinderei. Ein noch größerer Vergnügen finden diese Herren im Kontrastieren (Bekanntmachung) mit einander, und es ist gar keine Seltenheit, daß man einen in Fechten etwas ungewandten Rekruten einem natürlich unermüdeten, in der ersten, trotz seiner Feuerschärfe, in der denkbar gemeinsten Weise durch Stöße mit dem Bajonett mißhandelt wird. In der „alte Wams“ nicht ruppig genug, so tritt event. ein Unteroffizier an seine Stelle und maltättert seinen Gegner in der brutalsten Weise — unter dem Vorwand, daß jener dadurch am besten die Parade (die Abwehr des gewöhnlichen Stoßes) erlerne. Das hierbei auch unglückliche, sogar mit tödlichem Ausgange, sich ereignen können, ist selbstverständlich und auch bekannt.

Dies wollten wir bei der Besprechung einer Verhandlung voranschicken, die sich vor dem Kriegsgericht 31. Division (Straßburg) letzten abspielte hat. Ein Musketier erklärte, nachdem er (zum ersten Male!) einen Gang Kontrastieren hatte, er könne nicht mehr stehen, da er Schmerzen im Arm habe. Auf den Befehl des ansichts führenden Offiziers, dann die Frechstellung einzunehmen, tat der Musketier dies, mochte auch die angedrohten Bewegungen mit dem Bajonettgewehr, blieb aber einem Kontrastierer gegenüber, dabei, er könne wegen Schmerzen im Arm nicht stehen. Daraufhin ließ ihn der ansichts führende Offizier abführen. Vor dem Kriegsgericht sagte der Angeklagte aus, der Sergeant Eibert, unter dessen Befehl: Pent will ich noch Blut sehen. Das Gericht verurteilte den Musketier wegen Gehorsamsverweigerung vor verdammt Mannschalt zu zwei Monaten Gefängnis! Nach der Einleitung, die wir in diesem Bericht werden haben. können wir

um unsern Lesern überlassen. Uns kann es nur lieb sein, wenn die Unhaltbarkeit unserer preussisch-deutschen Disziplin in möglichst vielen Richtungen gezeigt wird.

Die Kirche hat einen guten Wagen.

Ueber den Peterspennig hat, so lesen wir in der „Täglichen Rundschau“, der Kongregationspräsident Mehlert in Regensburg 1903 ein Büchlein geschrieben. Er kommt nach vielerlei Betrachtungen zu dem Schluß, „daß kein anderes Almosen so gut angewendet und Gott dem Herrn so wohlgefällig ist, wie der Peterspennig“. Jedoch ist es „eine bedauerliche Tatsache, die von maßgebender Seite schon öfters beklagt wurde“, daß in den letzten Jahren der Peterspennig „un-glaublich“ zurückgegangen ist. Ueber den Staatshaushalt des Papstes gibt der Verfasser folgende Ziffern:

1. Zur privaten Verfügung des hl. Vaters	500,000 Lire
2. Für die Kardinäle	700,000 „
3. Für die armen Diözesen	460,000 „
4. Präfektur der apostolischen Paläste	1,800,000 „
5. Staatssekretariat	1,000,000 „
6. Beamtengehälter	1,500,000 „
7. Für Schulgeld und die Ausgaben der v. Wohlfahrt	1,200,000 „
Summa	7,160,000 Lire

Der zweite Posten erregt besonders das Mitleid des Verfassers:

„Ein anderer Posten von 700,000 Lire umfaßt die bescheidenen Gehälter der in Rom lebenden Kardinäle. Daß diese Summe kaum hinreicht, um den Kardinälen ein standesgemäßes Auftreten zu ermöglichen, ist leicht begreiflich und wird durch die Tatsache bestätigt, daß einzelne Kardinäle nicht instande sind, sich eine eigene Equipage zu halten.“

Von den 7 1/2 Millionen sind nur eine Million an Kapitalzinsen vorhanden, so daß 6 1/2 Millionen durch den Peterspennig aufgebracht werden müssen. Diese Summe will aber nicht mehr eingehen. Als Gründe dafür nennt der Verfasser u. a. die „Los-von-Rom“-Bewegung, der der Ultramontanismus sonst nicht die geringste Bedeutung einräumen will. Im übrigen lehrt die Auffassung, daß von den 7 1/2 Millionen etwa 6 für die prunkhafte Hofhaltung des „Stellvertreters Christi“ und seiner Kardinäle draufgehen.

Die „Tägl. Rundschau“ hat recht, die Kirche hat einen guten Wagen. Aber die weltlichen Würdenträger haben keinen minder guten Appetit, als ihre geistlichen Kollegen, das beweisen die Zivillisten unserer deutschen Fürsten. Und wer es für eine unübersehbare Einrichtung unserer göttlichen Weltordnung hält, daß einige hunderttausend Kapitalisten den Löwenanteil des „Nationalreichtums“ für sich reklamieren, der sollte doch den frommen Stügen dieser göttlichen Weltordnung zuletzt ihr „standesgemäßes“ Auskommen und ihre eigene Equipage mißgönnen!

Die Reichstags-Gründung in Hagen-Schwelm.

wo an Stelle Eugen Richters ein anderer Vertreter zu wählen ist, findet am 19. Juli statt, die zu erwartende Stichwahl ist auf den 26. d. M. anberaumt worden.

Eine erschütternde Tragödie ist die Geschichte

eines Soldaten, die in der gewiß ungemein patriotischen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, dem bekannten Scharfmacherblatt, erzählt wird:

Vor dem Oberkriegsgericht des 8. Armeekorps wurde in maßstabiger Sitzung verhandelt gegen den früheren Militärgesangenen Ehrhardt, welcher vom Kriegsgericht des Gouvernements Köln wegen Gehorsamsverweigerung und Nötigungsverletzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Der Gerichtsherr hat Berufung erhoben wegen des zu niedrigen Strafmaßes, der Angeklagte, weil er unschuldig sei. Diese Tatsachen wären an sich kaum bemerkenswert, aber die Vorgänge in dieser Rechtsführung sind geeignet, in weitesten Kreisen Aufsehen zu erregen. Ehrhardt ist im Jahre 1880 in Geresheim adoboren und trat 1902 als Rekrut beim Feldartillerie-Regiment Nr. 31 ein; seine Dienstzeit hat er lediglich im Festungsgefängnis zugebracht, denn kurz nach seinem Eintritt desertierte er und wurde nach seiner Ergreifung wegen Fahnenflucht im Komplotz zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Verbringung auf die Festung Rastatt kam er überhaupt nicht mehr zum Vorschein. Wegen Minderereit und gefährlichen Einwirkens auf seine Mitgefangenen wurde er ins Festungsgefängnis Köln gebracht. Hier leistete sich die Verstrafungen immer weiter fort, bis er wegen Majeitätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde und damit war sein Schicksal besiegelt. Nach den bestehenden Bestimmungen wurde er nun in Einzelhaft genommen. Die Einzelhaft wird bis zur Höhe von drei Monaten vollstreckt. Ehrhardt ist nun das Schicksal, daß die dreimonatige Einzelhaft mit einem Tage Unterbrechung immer wieder auf drei Monate verlängert wurde. Schließlich wurde der Mann geisteskrank.

Die Subordinations-Vergehen, um die es sich handelt, hat er am 23. Oktober und 8. November begangen; er stand nicht auf, als ein Offizier seine Zelle betrat und erstattete auch nicht die vorgeschriebene Meldung. Nach seiner Verurteilung entstanden Bedenken. Auf Befehl des General-Kommandos des 8. Armeekorps wurde Ehrhardt durch eine Verste-Kommission beobachtet. Das Gutachten nach zweimonatiger Beobachtung lautete auf geisteskrank in Folge der Einzelhaft. Daraufhin wurde Ehrhardt auf Anordnung des General-Kommandos des 8. Armeekorps als dienunbrauchbar entlassen. Das war im Februar d. Js. Nach den Bestimmungen muß nun jedoch über die Berufung des Gerichtsherrn erkannt werden, deshalb war die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht angeordnet worden. Der Vertreter der Angeklagte, Kriegsgerichtsrat Braun, beantragte die Verhandlung, obgleich der Angeklagte nicht zu dem Termin erschienen war. Er hat sich im Braunschweigischen auf und telegraphierte, er könne nicht zur Hauptverhandlung kommen, weil er kein Geld habe. Der Verhandlungsführer richtete an die ärztlichen Sachverständigen die Frage: Ob man mit einem Geisteskranken überhaupt noch verhandeln könne, nachdem vorher der Vertreter der Angeklagte festgestellt hatte, daß nach dem Gutachten der Verste-Kommission der Angeklagte tatsächlich geisteskrank sei und auch bei Begebung der Tat unzurechnungsfähig war und für seine Handlungen strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden konnte. Trotzdem verurteilte das Gericht die Sache. Der Angeklagte soll zu dem neuen Termin erscheinen, die Sachverständigen sollen dann begutachten, ob mit dem Angeklagten verhandelt werden kann.

Geradezu entsetzlich! Einen Soldaten, der offenbar längst geisteskrank war, strafft man immer wieder, steckt ihn in Einzelhaft und treibt ihn zum hellen Wahnsinn.

Dieser unerhörte Fall muß im Reichstag in der eingehendsten Weise besprochen werden.

Surrah für den Boarom! Die „Deutsche Tageszeitung“ geberdet sich wie wild darüber, daß eine bürgerliche Verfassung in Berlin den Provanalanten von Kialystad ihren Absichten ausgesprochen und dafür den Dant des Dinarpräsidenten Professor Mironitreff empfangen hat. Das Agrarblatt erklärt feierlich, daß hinter der Berliner Verfassung „nur das Volk Israel“, also nicht das deutsche Volk stehe, und droht gegen die Berliner Protestversammlung Protestversammlungen auf dem Lande einzuberufen, um die ungemein schädliche Wirkung dieses Mummels zu korrigieren.

Dem deutschen Volk ist schon viel geboten worden. Man behauptet von ihm, es juble, wenn eine Krönzeugin ein Kind kriegt und daß es „mitempfindend“, wenn eine Durchlaucht Zahnschmerzen hat.“ Daß aber „das deutsche Volk“ dagegen protestiere, wenn man Mördern und Kravenschändern in feinem Namen seine Entrüstung ausdrückt, das hätte das deutsche Volk wohl bisher noch nicht zu träumen gewagt. Am Dienstag hat der Graf Bückler-Klein-Tschirne einen Festmasururlaub dazu benötigt, um in einer Berliner Verfassung für einen Boarom nach Art des Kialystoder Stimmzugs zu machen. Wenn wir verglichen bisher für das wilde Geschwätz eines Beistellenden gehalten haben, für das weder der adelige Stand, noch die Partei, zu der sich Graf Bückler zählt, verantwortlich zu machen ist, so belehrt uns jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ eines Besseren.

Spazierstöcke und Regenschirme — Stief- und Stiefwaffen? In Thorn sollte am 24. Juni eine öffentliche Volksversammlung stattfinden, in der Genosse J. J. G. Breslau über die Verhältnisse in den Thorer Wärdereien sprechen wollte, weil die Wärdere dort zur Zeit im Streit liegen. Als die Versammlung eröffnet war, verlangte der überwachende Polizeibeamte die Entfernung der Spazierstöcke und Regenschirme aus dem Versammlungslokal! Die dem unberechtigten Verlangen kamen die Versammlungsbesucher — zwar auch in großer Entzückung — nur nach, um die Versammlung nicht zu vertreiben. Dann sollten noch einige Kinder im Saale sein und der Versammlung wurde deren Entfernung. Als der Vorsitzende, der die Kinder in der Saal besuchenden Versammlung nicht bemerken konnte, dem Beamten erwiderte, es wären keine Kinder da, löste der „Überwachende“ die Versammlung schließlich auf.

Der rote Hühnerhut als „araber Unzucht“ in Ebnitz, die Spazierstöcke und Regenschirme als Stief- und Stiefwaffen, womöglich noch als Schusswaffen in Thorn, so reißt sich Glibed an Glibed zu einer schönen Kette.

Ant unserm „Vaterländchen“. Der Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar ist am Montag wieder zusammengetreten um den Rest seiner Arbeit zu erledigen. Am Dienstag beschloß die Versammlung mit einer Vorlage, die die seit 1879 mit Reichs- u. preussischer Landgerichtsbarkeit vereinigt ist. Die ganze Angelegenheit mußte recht ergebnislos an. Die diplomatischen Beziehungen dieser Vaterländchen sind in der Frage der Landgerichtsbarkeit in die Brüche gegangen. Außerhalb der Regierung suchen nun die beteiligten Kreise die Schuld der unzeitigen Regierung zuzuschreiben. Am Landtag wurde aber vom württembergischen Staatsminister betont, daß beide Regierungen hemmlich gewissen seien, den beiderseitigen Wünschen Rechnung zu tragen. Wenn die Verhandlungen plötzlich gescheitert seien, so sei augenscheinlich das beiderseitige Staatsinteresse daran schuld. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde von der Regierung die Summe an der schließlich die Verhandlungen gescheitert sind, auf 85 Mark pro Jahr angegeben. — Also wegen 85 Mark pro Jahr kommt das beiderseitige Staatsinteresse so ins Wackeln, daß eine alte, bewährte Einrichtung aufgehoben werden soll. Die Regierung verlangt nämlich vom Landtag die Zustimmung zu der Aushebung der Landgerichtsbarkeit und Angliederung des Weimarer Kreises an das Landgericht in Weimar. Das bedeutet für die Bewohner des Weimarer Kreises, der 57 000 Einwohner hat, eine Reise von acht Stunden auf der Bahn, wenn sie am Landgericht etwas zu thun haben.

Majestätsbeleidigung. Vor der Strafkammer des Landgerichts Döbeln wurde sich der Arbeiter Richard Becker aus D.-Weidrich zu verantworten, weil er, wie es in dem Gerichtsprotokoll heißt, seine antimonarchische Gesinnung durch Beschimpfung des Kaisers hatte zum Ausdruck bringen wollen. Drei Monate Gefängnis erhielt Becker dafür. — Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß die Verurteilung der Person des Kaisers aufreißt gefährlich ist. Zu derartigen Kritiken gehört vor allen Dingen eine vollständige Beherrschung der Sprache. Man sollte deshalb die Person des Kaisers möglichst überhaupt nicht in die Debatte ziehen.

Ausland.

Dreyfus ist glänzend gerechtfertigt. Am Dienstag stellte, wie aus Paris gemeldet wird, vor dem Kassationshof Generalstaatsanwalt Vandouin den Antrag auf Kassation des früheren Urteils ohne Verweisung vor ein anderes Gericht. Er sagt: der Kassationshof sei Richter nicht allein hinsichtlich der Rechtslage, sondern auch des Tatbestandes. Wenn es sich um Revision handle, werde seine Befugnis durch nichts eingeschränkt. Die vom Verteidiger zu Gunsten der Kassation vorgebrachten Gründe seien auszuscheiden, nämlich Verjährung und Begnadigung, da Dreyfus tatsächlich des Verrats beschuldigt worden sei. Wäre von der Verjährung nach drei Jahren nicht die Rede sein. Auch mache die Freisprechung Esterhazy eine neue kontraktliche Verhandlung unmöglich. Der Kassationshof müsse in der Sache selbst entscheiden, indem er die Kassation ohne Rückverweisung ausspricht. Die Sitzung wurde darauf vertagt, trotz des Widerspruches des Generalstaatsanwalts, der vorschlug, die Verhandlungen am Dienstag noch abzuschließen.

Kommunalwahlen in Italien. In einer Reihe von Städten in der Lombardei fanden am Sonntag die Gemeindevahlen statt. In Mailand siegte die gemessene Liste der Liberalen und Moderierten. Sie brachten ihre 22 Kandidaten mit einer Stimmenmehrheit von über 3—4000 über die Liste der Volksparteien durch; von den letzteren durch nur etwa 3 oder 4, unter diesen die Sozialisten Turati und Mayo als Vertreter der Minorität mit in den Gemeinderat eintraten. — In Bologna dagegen siegten die Republikaner und Sozialisten über die vereinten Reaktionskräfte. — Auch in Cremona haben die Republikaner bei den Ergänzungswahlen den Sieg über die Liberalen davongetragen. — In Novara hatten die Sozialisten 2 Minoritätslisten aufgestellt; auf jede derselben sind eine Anzahl davon gewählt.

Das Arbeitskontraktgesetz ist von der holländischen Zweiten Kammer mit 79 gegen 8 Stimmen angenommen worden. Die Sozialdemokraten stimmten alle dagegen, von den bürgerlichen Parteien nur einer, ein „Christlich-föderaler“ Abgeordneter. Für die Ablehnung des Gesetzes war unseren Genossen hauptsächlich der Umstand ausschlaggebend, daß es Bestimmungen enthält, die den Arbeitern das Streiken verleißen sollen. Die Kammer ist in die Ferien gegangen. Vorher fanden noch interessante Debatten über eine von liberaler Seite eingebrachte Interpellation statt, die sich gegen die „schwimmenden Särge“ richtete, welche gewissenlose Fischer- und Schiffahrtsunternehmer aufs Meer hinausjagen, begünstigt durch den Mangel an irgend welcher Aufsicht, — und über eine Resolution unseres Genossen Trotski gegen die schwindelhaften Gründungen von Aktien-Gesellschaften. Trotski hielt eine von großer Sachkenntnis zeugende Rede. Er wurde ein paar Mal zur Ordnung gerufen, als er mitteilte, daß einer der Schwindler, gegen die die Gesetzgebung einschreiten sollte, unter den anwesenden Kammer-Mitgliedern sei. Seine Reklamation, in der Ergänzungen des Handels- wie des Strafrechtbuchs gefordert werden, wurde von der

Kammer angenommen. Die Regierung versprach sowohl in dieser Sache, wie hinsichtlich der Aufsicht über die Seelichkeit der Schiffe geeignete Maßnahmen vorzuschlagen.

Gewerkschaftliche Kämpfe in Skandinavien. Der Streik der Bäcker Norwegens gegen die vom Staat beschlossene teilweise Wiedereinführung der Nacharbeit nimmt einen allmählichen Verlauf. Der größte Teil der Bäckermeister hat sich schon verpflichtet, von der Verschlechterung des Bäckergesetzes keinen Gebrauch zu machen. Die Zahl der streikenden Mitglieder des Nordnordischen Bäcker-Verbandes beträgt jetzt nur noch 117. In Christiania, Tromsø, Bergen und anderen Städten hat die Widerorganisation eigene Wärdereien errichtet oder andere Wärdereien übernommen, um streikenden Beschäftigten zu geben und der Arbeiterschaft hoheitsrechtlich Brot zu liefern.

Eine Aussperrung von 12.000 Arbeitern hat die Dänische Arbeitgeber- und Meister-Vereinigung in Aussicht gestellt, falls einige hundert Selbstarbeiter auf den beiden größten Schiffswerften Kopenhagen die Arbeit niederlegen. Ueber den Streik soll am 6. Juli beschloffen werden. Kommt es dazu, dann wollen die Unternehmer nach Verlauf einer Woche ihre angebotene Aussperrung teilweise und wenn das nicht zur Wiedereinnahme der Arbeit durch die Streikenden führt, nach weiteren 8 Tagen in vollem Umfange durchführen.

Die Angestellten der schwedischen Staats-Eisenbahnen sind offenbar fest entschlossen, ihre Forderungen zur Lohnregelung für das Ertragspersonal, wenn es sein muß, durch eine Arbeitsunterbrechung über das ganze Land zur Geltung zu bringen. Kürzlich fand in Stockholm eine von 800 Eisenbahnern besuchte Versammlung statt, die den, vor einiger Zeit in der Ortsabteilung des Eisenbahner-Verbandes gefaßten Beschluß über die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen bekräftigte. Die festangestellten Eisenbahner erklärten sich mit ihren als „Ertragspersonal“ tätigen Kollegen solidarisch.

Maxim Gorki an die Arbeiter Amerikas. Maxim Gorki sandte an die amerikanischen Arbeiter einen Aufruf, in welchem es eingangs heißt: „Arbeiter! Genossen! Ich meine, ihr versteht die große Bedeutung des Kampfes, die die russischen Arbeiter gegen den Kain und seine Macht führen. Im Ausland führt der Weg der Arbeiter zur Freiheit hinüber über die moralische Mauer der Autokratie. Sie muß fallen, sie muß zerstört werden, ehe wir zum Ziele des Triumphs der Gerechtigkeit und Gleichheit des Triumphs der Gerechtigkeit schreiten können. Der Weg, den die russischen Arbeiter gehen, ist der Weg der Arbeiter der ganzen Welt. Und am Schluß des Aufrufs heißt es: „Ihr seht, wie der Bar die niedrige Komödie des Betrugens spielt, indem er versucht, die Bauern durch die Duma zu blenden und bei dem Arm der Debatte der Duma fortzuführen, zu täuschen und zu mordern. Der Kampf ist unvermeidlich. Aber der Kampf braucht Mittel. Dient einen Arbeitstag für jene, welche ihr ganzes Leben einlegen für die Sache der Freiheit, die allen gemein ist! Geht Silber her, um dafür Blei und Eisen einzutauschen.“ Gorki endet damit, daß er sich auch durch die Komödie, welche die herrschenden Kreise Russlands mit der Volkverteilung“ auszuführen gedenken, nicht täuschen läßt.

Aus Schlesien und Posen.

Wie die Wahl in Bunzlau-Lüben gemacht wurde.

Jetzt endlich, nachdem der Kandidat Kern-Blau seit drei Jahren zu unrecht im Reichstage sitzt, ist der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Reichstagswahl in Bunzlau-Lüben erschienen. Interessant sind darin zwei Punkte, worüber es im Bericht heißt:

„Bürgermeister Faulhaber von Lüben, informativ genommen, erklärt: „Es ist richtig, daß ich am 16. Juni 1903, am Vorabend der Reichstagswahl, eine öffentliche Versammlung für Wähler der Stadt Lüben abgehalten und bei dieser Gelegenheit die Wahl des konservativen Kandidaten Kern empfohlen habe. Daß ich als Bürgermeister auch Polizeivertreter bin, ist richtig.“

Die Kommission kam nach eingehenden Erörterungen über die Frage, ob in dem Eingreifen des Bürgermeisters Faulhaber in die Wahlbewegung zu Gunsten des Kandidaten Kern eine amtliche Wahlbeeinflussung zu erblicken sei, zu dem mit 5 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung gefaßten Beschlusse, die Frage der amtlichen Wahlbeeinflussung zu bejahen.

Der Antrag, die in Lüben für Kern abgegebenen 243 Stimmen diesem ab- und dem Kandidaten Lohmann zuzurechnen, wurde mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt, ein anderer Antrag, die für Kern abgegebenen 243 Stimmen zu kassieren, mit großer Mehrheit angenommen.“

Geradezu musterhaft war die Wahl in Schnellensfurt im Kreise Bunzlau-Lüben. Der Wahlvorstand selbst hat bei seiner informativlichen Vernehmung bekundet:

„Der Eingang zu dem hiesigen Gasthause, in welchem die Wahl stattfand, liegt in der Mitte des Hauses. In dem links der Haustür belegenen Raum befand sich das Wahllokal, in welchem die Zettel abgegeben wurden, während in die rechts des Gasthauses belegene Stube die Wähler traten, um ihre Wahlzettel in die Kurberts zu stecken. In dem Gaststube stand ein Tisch, auf welchem die Kurberts lagen. Gleichzeitig lagen auf dem Tische Zettel für p. Kern, doch lagen dieselben unter einer Urne. Es, viel wir wissen, sind Kern'sche Zettel in dem Gaststube nicht verteilt worden, doch mögen sich einzelne Wähler Zettel selbst genommen haben.“

Der eine der Zettelvertheiler, Ernst Hartwig aus Schnellensfurt, erklärte, etlich vernommen:

„Zugleich mit den Kurberts wurden mir zu Beginn der Wahllokales von dem Wahlvorstande Ernst Michael Zettel für Kern zur Verteilung übergeben. Diese habe ich zugleich mit den Kurberts im Gaststube vor dem Wahllokal an die Wähler verteilt. Im Wahllokale selbst habe ich Kurberts und Zettel nicht verteilt. Die Kurberts und Zettel wurden mir übergeben auf dem Gaststube. Auf diesem Gaststube stand seitlich neben der Tür, die zu dem Wahllokale führte, ein Tisch, auf dem die Kurberts und Zettel lagen. An dieser Stelle habe ich dann von 10—11 Uhr Kurberts und Zettel verteilt: die Wähler gingen dann in den gegenüberliegenden Hofraum und von dort über den Hof an dem Tisch vorbei in die Gaststube, das Wahllokal, zurück.“

Ein anderer Zeuge erklärte endlich: „Ich bemerkte und mir mißfiel, daß im Gaststube vor dem Wahllokale ein Tisch stand, auf dem bei den Kurberts zugleich Zettel für Herrn Kern lagen, und neben dem ein Kurbertvertheiler mit den Kurberts gleichzeitig Zettel für Herrn Kern verteilte. Ich machte darüber dem Wahlvorstande Michael im Wahllokale Vorstellungen, wurde aber von diesem mit harten Worten abgewiesen. Auch der Wirt kam herzu und erklärte, darüber hätte ich mich nicht aufzuhalten und verließ mich aus dem Lokal. Für den sozialdemokratischen Kandidaten wurden auch Zettel verteilt. Dieser Zettelvertheiler stand aber vor der Haustür. Nachträglich gab Zeuge seine Aussage dahin ab, daß die Kurbertvertheiler (Hartwig und Michael) Zettel für p. Kern verteilt haben, kann ich nicht behaupten. Ich habe nur diese Zettel neben den Kurberts auf dem Tische liegen sehen.“

Schließlich laßt der Bericht: „Die Kommission erachtet die Protestbehauptung als erwiesen und erklart darin einen Versuch gegen das Wahlsystem. Sie beschließt mit Mehrheit, diesen Wahlakt zu kassieren und den Kandidaten Kern 16, Lohmann 2, Stolpe 13 Stimmen abzuziehen.“

Die Vorwürfe in Schnellensfurt und Lüben müssen genügen, die Wahl kassant zu kassieren. 46 Stimmen haben das Wahlsystem entschieden. 275 sind von der Kommission für unzulässig erklärt worden. Was geschieht mit diesen Stimmen? Die Kommission läßt die Frage höchst geringsch. Sie zieht sie

einmal den Kandidaten ab und kommt damit zu dem Resultat, daß Kern 5711, Lohmann 5231 und Stolpe 5266 gültige Stimmen und die Stichwahl zwischen Kern und Stolpe zu recht bestand. Schon in der Kommission ist gegen dieses beschlossene Ergebnis Protest erhoben worden. Und das mit Recht. Die Sache kann unmöglich damit abgehan sein, daß man dem konservativen Kandidaten die ihm durch amtliche Wahlbeeinflussung zugeführten Stimmen einfach abzieht. Die 243 Wähler, von denen Kern durch den unerlaubten Eingriff des Polizeiverwalters und Bürgermeisters noch nicht nur dazu bewegen lassen, den Konservativen zu wählen, sondern auch den Reaktionsgen und den Sozialdemokraten nicht zu wählen. Der Eingriff des Polizeiverwalters von Lüben hat dem Konservativen nicht nur Stimmen zugeführt, was die Kommission auszuweisen bereit ist, sondern dem Freisinnigen und Sozialdemokraten auch Stimmen entzogen, was die reaktionäre Mehrheit der Kommission nicht zu begreifen scheint. Mit Recht laßt man der „Wille“: Es ist doch klar: der eine hat sich durch den Bürgermeister bewegen lassen, Kern statt Lohmann zu wählen, und der andere hat es ungeachtet des hiesigen Meisterei-Eifers vorgezogen, zu Hause zu bleiben. Der Bürgermeister hat nicht nur für Kern, sondern auch gegen Lohmann gewirkt und das hat die Kommission auszuweisen, wenn sie gerecht und unparteiisch ihres Amtes walten will. Auf jeden Fall hat die Kommission, deren Aufgabe es ist, Wahlberechnungen aufzustellen, mit der Wahlbeeinflussung zu rechnen, daß ohne die bürgermeisterliche Aktion dem freisinnigen Kandidaten ein Teil der unzulässigen Stimmen zugefallen wäre. Und so läßt sich das Rechenexempel zu folgendem Resultat:

Kern 5954 — 243 gleich 5711 Stimmen,
Lohmann 5231 + 243 gleich 5474
Stolpe 5266

Also Stichwahl zwischen dem Konservativen und Freisinnigen. Herr Kern läßt dann über kaum im Reichstage.

So hat die Kommission auch Nachteile hindurch, so lange das Zentrum sich noch als Oppositionspartei fühlte, gerechnet. Und hier began nach immer die Hoffnung, daß der Reichstag selbst nicht den Mut besitzen wird, diese Berechnungsart jetzt umzuwenden; und die Wahl des Herrn Kern in Köln für gültig zu erklären.

Protest würde die Kassierung der Wahl freilich nicht mehr viel nützen. Die Kommission hat alljährlich mehr als drei Jahre verbrochen, ehe sie ihren Bericht an den Reichstag zustande gebracht hat, und selbst wenn es jetzt gut und alalt geht, wird der Reichstag etwa vier Jahre nach dem Vollzuge der Wahl sein Urteil über deren Gültigkeit fällen.

Die Wähler aber brauchen im Lande, sie sich frei fühlen von Voreingenommenheit für eine der reaktionären Mehrheitsparteien, werden sich über die Art von Parlamentarismus, wie sie die Wahlprüfungskommission ausübt, ihre eigenen Gedanken machen und es wird höchste Zeit, daß auch der Reichstag selbst sich einmal kritisch mit der Arbeit seiner Kommission befaßt. Die Minorität kann dabei nichtsdestoweniger durch die Mehrheit nicht majorisiert werden, nicht der Minorität aber ist es, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß in Bunzlau neu gewählt wird. Es geht ein gut Teil Ansehen des Reichstages dabei auf dem Spiele.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß laut Kartellbeschluß die Kartellbeiträge innerhalb der ersten drei Wochen an das Arbeitersekretariat abzuführen sind.

Achtung, Bauhilfsarbeiter! Den Kollegen der Nikolai-vorstadt machen wir bekannt, daß die Beiträge nach wie vor im Lokale „Stadt Walsburg“ (Zuh. Max Köhler), Fohlenstraße 27, jeden Sonnabend von 7—10 Uhr Abends vom Bezirksleiter Oskar Stegmeyer entgegengenommen werden.

Desgleichen machen wir die Kollegen von Carlshof, Krieteren und Umgegend darauf aufmerksam, daß die Beiträge beim Kollegen P. Wrofel in Krieteren Nr. 1 nur am Sonntag Vorm. von 10—12 Uhr in dessen Wohnung entgegengenommen werden, auch kann die Aufnahme neuer Mitglieder dort vollzogen werden. Die Kollegen wollen dies genau beachten.

Die Lokalverwaltung
des Bauhilfsarbeiter-Verbandes.

Neueste Nachrichten.

Die gesuchte Biewald-Partei.

Seute Vormittag fand im Bureau der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter eine Hausung nach den Biewaldpartei statt. Man forschte nach dem Drucker und den Veräußern. Aber, wie meistens, so fand man auch diesmal nichts.

Gegen das Knappschaftsgesetz.

Aus Eisen wird uns gemeldet: Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter veranstaltet kommenden Sonntag 35 Protestversammlungen gegen die neue Knappschafts-Novelle.

Die Christlichen können sich bei dem Centrum bedanken, das dem beschlechtesten Gesetz zur Annahme verhalf.

Unterstützt die ausgesperrten Buchbinder.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erklärt im „Vorwärts“ einen Aufruf an die organisierten Arbeiter Deutschlands, in welchem sie zur Unterstützung der ausgesperrten Buchbinder auffordert.

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

4. und 5. Juli.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgens. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 26,5	+ 20,1	+ 18,9
Luftdruck bei 0° (mm)	751,9	750,6	749,2
Dunstdruck (mm)	8,3	10,0	10,5
Dunstfälligkeit (pCt.)	33	57	64
Wind (0—12)	NO 2	NO 4	SO 3
Wetter	bedeckt	bezogen	heiter

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Donnerstag, den 5. Juli.

	Heute früh 7 Uhr	Temp.-Grt.	Wetter		
	Temp.	Wind	Wolkl.		
Köpenick	22	SO 2	26	13	ziemlich heit- halbbedekt wollig
Berlin	17	SO 0	25	13	
Dahlemburg	16	SO 0	26	11	
Schneeföhne	10	SO 0	16	9	
Hörsing	20	NO 0	26	16	
Ostrow	—	—	—	—	—

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Rabl. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schöns. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Sierzu 1 Beilage.

Am 4. d. Mts. verschied unser hochverehrter Chef
der Fabrik-Direktor 2847
Herr Karl Kaufmann.
 Wir verlieren in dem Verstorbenen einen allzeit humanen Vorgesetzten.
 Sein Andenken werden in Ehren halten
Sämtliche organisierte Metallarbeiter
der Maschinenbau-Abteilung „Archimedes“.

Hosennäherin 2851
 m. l. Gottliebstraße 4, I., Smolarek.
Ord. Dienstmädchen
 wird per bald gesucht. Von wem, zu erfragen bei **Wassmuth Neumann, Friedland, Str. Waldenburg.** 2834
10-20 Mk. Können Personen mit deutscher Handschrift im Hause nebenbei verdienen. **Perforidia-Verlag, Herford Bn.** 2807
Achtung! 2726
Auktion!
 Pfandleih-Institut
 Matthiasstraße 113, I. Et.
 Verlängerung bis 11. Juli cr.

Breslauer Sommer-Theater (Loblichs Platz) Dir.: Erich Ziegel
 Donnerstag, den 5. Juli:
 Neues Schauspiel Gertrud Eyoldt, Alb. Steinrück, Ludwig Hartau.
„Erdegeist“
 Tragödie von Frank Wedekind.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Garten: Horstler.

SCALA.
 Einziges überdachtes Sommer-Variété
 Nikolaistraße No. 27.
 Das vollständige neue Programm.

Victoria-Theater (Simmanauer Garten).
Gastspiel
Folies Caprice
 aus
Berlin.
 Anfang präzis 8 Uhr.

Am 4. d. Mts. starb unser verehrter Chef,
 der **Fabrik-Direktor**
Herr Karl Kaufmann.
 In dem Verstorbenen verlieren wir einen humanen Vorgesetzten.
 Sein Andenken werden in Ehren halten
Die organisierten Mutterntresser,
Werkzeugschlosser und Fraiser
der Firma „Archimedes“. 2850

Am 4. d. Mts. starb nach langen schweren Leiden
 unser hochverehrter Chef 2848
Herr Direktor
Karl Kaufmann.
 Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Die Schmiede nebst Hilfsarbeitern
der Firma „Archimedes“.

Dominikaner.
Bennewitz-Sänger.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Eintritt 10 Pf. Reserviert 20 Pf.

Kaffee, 1989
 ff. Aroma, 1/4 Pfund 25 Pf
 Getreidekorn, Liter 50
 Brennspiritus, 26
 Zeller, große Maße 6
 Limonaden, „ „ 10
 Goldblondchen, v. „ 9
 Simbeerfaft, v. Bid. 40 u. 33
Franz Gröschel,
 Leutichenstraße Nr. 60.

Ortskrankenkasse für Tischler u. Pianofortebauer.
 Donnerstag, den 12. Juli 1906, abends 7 Uhr,
 im Parterre Garten (Gingana Parterre)
Wahl-Versammlung
 für die Herren Arbeitgeber.
 Tagesordnung: Wahl von 31 Mitgliedern der Arbeitsgeber.
 Wahlberechtigt und wahlbar sind nur die Herren, welche mit ihren Familien im Wohnort sind.
 Breslau, den 4. Juli 1906. Der Vorstand.

Am 4. d. Mts. starb unser verehrter Chef,
 der **Fabrik-Direktor**
Herr Karl Kaufmann.
 In dem Verstorbenen verlieren wir einen humanen Vorgesetzten. 2875
 Sein Andenken werden in Ehren halten
Die freorganisierten Bolzenpresser und
Hilfsarbeiter der Firma Archimedes.

Am 4. d. M. verschied unser hochverehrter Chef,
 der **Fabrik-Direktor**
Herr Karl Kaufmann.
 Wir verlieren in dem Verstorbenen einen humanen Vorgesetzten 2849
 Sein Andenken werden in Ehren halten
Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen
der Firma „Archimedes“
 Abteilung Blankbearbeitung.

Zahnärztliche Klinik „Volkswohl“
 Breslau,
 Ring 17 (Becherseite).
 Behandlung durch staatlich approbierten Zahnarzt.
 Klinikpreise. 2754

Unerwartet, nach kurzer Krankheit verschied
 am 4. d. Mts. unser hochverehrter
Chef und Direktor
Herr Karl Kaufmann.
 Wir bedauern den so frühen Heimgang dieses humanen Vorgesetzten und werden demselben stets ein freundliches Andenken bewahren.
 Breslau, den 5. Juli 1906. 2844
Die organisierten Stanzer und Bolzenfräser,
Saal II, Archimedes.

Am 3. d. Mts. starb unser Mitglied, der Kutscher
Traugott Lindner
 im Alter von 37 Jahren. 2851
 Das Andenken des Verstorbenen wird in Ehren gehalten
 Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau
 des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Beerd.: Freitag, nachm. 4 1/2 Uhr. von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes. Trauerhaus: Goethestr. 46.

Pfandleihe Münzstr. 2 C. Freundt
 Auswärts briefl.

Möbel gegen Teilzahlung
 zu unterirdischen geringsten Bedingungen
 Herren-Damen- und Kinder-Schreibstühle
 Manns- und Frauen-Schreibstühle
 Kindersesseln u. Stühlen
 Abzahlung nur 1 Mk.
 Schöner & Schöner

Am 4. d. M. verschied unser Kollege und Mitarbeiter,
 der Feilenhauer
Ernst Zimmer
 im Alter vom 41 Jahren. 2843
 Das Personal der Feilenfabrik Gebr. Ufer
 (Firma Sirowatky & Hübner).
 Beerdigung: Sonnabend, den 7. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr
 vom Trauerhaus Berliner Chaussee 17 nach Cosel.

Witzableiter
 leichte Sommer-Jackets und Joppen für Herren
 verschiedenfarbig, Jagdleinen, Schilfleinen,
 Mohair, Lüster-Rohseide etc. pp.
 für alle Größen und Weiten
 von Mk. 1,50 an. 2826
S. Guttentag
 Altbüsserstrasse 5,
 Ecke Ohlauerstrasse.

Am 4. d. Mts. starb unser verehrter Chef, der
Fabrik-Direktor
Herr Karl Kaufmann.
 In dem Verstorbenen verlieren wir einen humanen Vorgesetzten. 2846
 Sein Andenken werden stets in Ehren halten
Die organisierten Arbeiter und
Arbeiterinnen der Firma „Archimedes“,
 Abteilung Schneidesaal.

Wohlauer Kirchbau-Lotterie
 Ziehung 9. und 10. Juli cr.
 Sämtliche Gewinne dieser Lotterien werden mit 90% zurückgekauft.
Westpreussische (Briesener) Pferde-Lotterie
 Ziehung 12. Juli cr.
 Die Gewinne sind gegen bar Geld sofort günstig zu verkaufen.
 Lose zu vorstehenden Lotterien à 1 Mark, 11 Lose (auch gemischt) für 10 Mark
 Porto und Zife je 30 Pfg. extra empfiehlt
B. Klement, Breslau I, Ring 22, geradeüber vom
 Schweidnitzer Keller. 2721

Hauptgewinne:
 10 000 Mark
 2 000 „
 1 000 „
 2 x 500 „
 10 x 100 „ u. s. w.
 3 Caubagen und
 17 Reit- und Wagenferde
 im Gesamtwert
 von 34 000 Mark.

Gerichtlich konfisziert gewesen!

Gerichtlich konfisziert gewesen!

Sehr interessant!

Der politische Massenstreik
 und die politische Lage der Sozialdemokratie in Deutschland
 Vortrag von **Ed. Bernstein.**

Zum Preise von 20 Pfg. zu haben in der Expedition der „Volkswacht“ und durch alle Kolporteurs.

Ein Reichsverbändler.

Die neueste Nummer der „Bergarbeiterzeitung“ enthält das Porträt eines Wanderredners des Reichsverbandes. Wie entnehmen der interessantesten Darstellung die wesentlichsten Angaben:

Gustav Ermet, heute wohlbestallter Generalsekretär des reichstreuen Knappen-Vereins von Niedersachsen, mit einem Jahresgehalt von 5000 Mark und Reisepfesen, ist noch vor einigen Jahren ein armer Erzbergmann im Siegerland gewesen. Er hat sich in wenigen Jahren „glänzend entwickelt“, sodas er heute einer der Hauptwunderkinder des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, wo er ebenfalls eine zeitlang als Sekretär mit einem Jahresgehalt von 3000 Mark angestellt war. Bei der Reichstags-Nachwahl in Essen war Ermet vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie für eine Agitationstour ins Ruhrgebiet angestellt, erschien aber nicht, weil er jedenfalls einen Zusammenstoß mit den Leitern des Bergarbeiter-Verbandes befürchtete, der für ihn nicht angenehm sein konnte, aber am Niederrhein hat er damals gewirkt und jetzt wieder bei der Reichstagswahl in Hannover. Zur Reichstagsnachwahl in Jena-Eisenach erschien er ebenfalls, vom Reichsverband entsandt, als Dramenleiter auf dem Hauptplatz, war verärgert gegen die Sozialdemokraten, die ungeheuerlichsten Gemeinheiten, und als Senonöe Leber-Jena diese Gemeinheiten zurückwies, ließ „Ehren“-Ermet nach dem Stadt, und Leber wurde wegen Beleidigung des Reichsverbändlers mit 50 Mark bestraft. Auch das Königreich Sachsen und Mitteldeutschland hat er schon bereist und die unglaublichsten Mäuererschichten von der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Gewerkschaften vorgetragen. Im niederdeutschen Bergarbeiterstreik hat er seine ganze Beredsamkeit in den Dienst der Unternehmer gestellt und die Arbeiter zum Streikbruch und gegen den Bergarbeiter-Verband aufzuheben versucht, zum Glück ohne Erfolg. Auch die „Christlichen“ Gewerkschaften kämpft Ermet heute, denn als selbstbestimmter Diener des Fürsten Pleß muß er auch die „fürstliche“ Meinung vertreten und die Fürstliche Gruben-Verwaltung will nicht einmal die katholische Fachabteilung bilden, geschweige denn die interkonfessionelle „Christliche“ Gewerkschafts-Richtung, die dem Unternehmertum unter Umständen die Säure zeigt.

Am 1. Oktober 1902 traten aus dem unter R. Freidrichs Leitung stehenden „Christlichen Verein der Berg-, Sitten- und Metallarbeiter“ etwa 6000 Mann zum christlichen Gewerksverein unter August Brust über. Dessen Verein übernahm Ermet an und war zweifellos eines seiner beständigsten Mitglieder, weshalb man ihn auch auf Kosten des Gewerksvereins nach M.-Gladbach in die katholische Drilanstalt schickte — einer der ersten evangelischer Konfession, die dort als „Kämpfer“ ausgebildet worden sind — wo er die erste Weibe für seine Laufbahn erhielt. Er hat dem Gewerksverein und vor allem seinem damaligen Herrscher, auf dessen Veranlassung ihm die Ausbildung wurde, sehr schlecht gedankt. Um dieselbe Zeit ging man auch zur Gründung eines Konsum-Vereins für die Siegerländischen Berg- und Sittenarbeiter über und Ermet wurde mit der Leitung dieses Vereins betraut. August Brust erlebte wenig Freude an seinen Siegerländer Untertanen, denn schon auf der General-Versammlung des Gewerksvereins 1903 in Dortmund kam es zu Reibereien zwischen den Siegerländern und Brust. Sie protestierten gegen den Zustand von 2000 Mark aus der Gewerksvereinskasse für die damals schon bankrotte Krankenzuschusskasse

„Milk auf“, ebenso protestierten sie gegen die schaffe und ruppige Schreibweise des „Bergknappen“ gegenüber den freien Gewerkschaften und vor allem dem Verbande und schließlich verlangten sie mehr Berücksichtigung ihrer sozialen Verhältnisse im „Bergknappen“. Brust behandelte sie hochfahrend und prächtig, was zu einer offenen Rebellion gegen ihn führte, die noch in demselben Jahre mit dem Abfall der Siegerländer endete. Diese Rebellion wurde geleitet von Ermet, Am, Schnelzer und Laus, jedoch war Ermet der geistliche Leiter derselben, denn er war es, der in Jena für Brust so bewundernswürdigen Konferenz in Weidach, Herbst 1903, die Siegerländer heranzog gegen ihn auflegte, daß Brust in einem Geheimzirkular vom 23. November 1903 schrieb:

... und einer drohte sogar, wenn er mich allein hätte, würde er mir das Messer im Leibe herumzucken. Schluß Grundsatz, diese Heuschreck, welche sich christliche Arbeiter nennen.“

Im demselben Zirkular fällt Brust über den M.-Gladbacher Jüngling Ermet folgenden Urteil:

„Was so ein junger Laffe für Verständnis für die geistige Arbeit, die Leitung eines großen Vereins und das Schreiben eines wöchentlichen Blattes wie des „Bergknappen“... Wenn ich mich von einem noch so jungen Manne, der sich nicht nur eben trocken hinter den Ohren ist, belehren lassen möchte, wäre unter Gewerksvereinen nicht zu dem geworden, was er heute ist.“

Der „junge Laffe“ — nach Brust — wußte sehr gut, was er wollte. Er war dieselbe ebenbürtig, hat ihm schwere Sünden bereitet, und all den Mitteln, die er gegen Verfall angewandt hat, kann man den ganzen Ermet erkennen und schon hier hat er sich rühmlich erwiesen für seine heutige Stellung.

Ermet war es (leibt es in der „Bergarbeiterzeitung“ weiter), der unangefordert an uns das ganze Material geschickt hat, womit wir jetzt zusetzen. Von Ermet erhielten wir die Geheimzirkulare, von ihm erhielten wir interne Vorgänge aus Vorstandssitzungen des Gewerksvereins — zwar von ihm geschrieben. Der Fuchs suchte bei diesem Verrat seine Spuren zu verwischen — er hat uns den Inhalt jener ominösen Postkarte mitgeteilt, die Brust an Freidrichs geschrieben hat, daß, je ruppiger der Hund, desto mehr Fische; von ihm wurde uns mitgeteilt, daß Brust zweiter Absteige fahre, und als unser Kamerad Reimerters ihn auf einer Durchfahrt 1903 in Eisenach aufsuchte, wurde er von dem heiligen Sozialistenkrieger Ermet aufs freundschaftlichste aufgenommen und bewirtet. Bei dieser Gelegenheit sagte Ermet, daß er die „Bergarbeiterzeitung“ mit Vorliebe lese und die Bestrebungen des Verbandes im vollen Umfange anerkenne. Mit Sozialdemokratie dürfe er sich aus wirtschaftlichen Rücksichten nicht befassen, auch könne er noch nicht Sozialdemokrat, da er noch nicht Gelegenheit und Zeit gehabt hätte, sich dem Studium der Parteiliteratur zu widmen, aber sympathisieren mit er mit der Sozialdemokratie und ihre Tätigkeit im Reichstage fände seine Anerkennung. So handelte und sprach der Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie noch vor drei Jahren. Sodann erklärte er sich bereit, nach weiteren Verrätereien am Gewerksverein und aus der M.-Gladbacher Rekrutenschule zu begreifen, doch haben wir sie nicht verlangt.

Durch die Streitigkeiten mit Brust hatte auch der unter Leitung Ermet's stehende Konsumverein sehr zu leiden und geriet in Zahlungschwierigkeiten. Deshalb wandte sich der heutige Reichsverbändler Ermet in einem Schreiben am 8. April 1904 an den sozialdemokratischen Verband um ein Darlehen von 20,000

Mark. Würde das Darlehen gewährt, schrieb er, würde das zur Förderung unseres und auch ihres Verbandes bedeutend beitragen, oder mit anderen Worten, es sollte zur Verschmelzung der Siegerländer mit dem Verbande führen. Das Darlehen mußten wir ablehnen, und damit war die Ermet'sche „Freundschaft“ dann auch zu Ende.

Im September 1904 „legte“ Ermet die Leitung des von ihm geschaffenen Konsum-Vereins „pöblich nieder“. Mehrfach hatte er seine Bestrebungen überschritten und ließ mit seinen Kollegen in Jena, der Feindschaft, suchte einige Finanzzubehören, bis er selbst „hinausgebissen“ wurde. In die Oberungsstraße Waubrecht-Düffelberg hatte er das Ermet'sche gestellt, ihm von den bezogenen Waren Provisionen zu gewähren, dann wollte er der Firma alle Klügel zu kommen lassen. Der Idealismus des Konsumvereinsleiters und „Christlich-Sozialen“ Arbeitervertreter's ließ nach Provision. Der Mäuer der Firma wollte dem Ausschickter dieses Anstaltens Ermet's mit, worauf eine lange Nacht-Sitzung stattfand, deren Resultat war, daß Ermet am anderen Morgen die Schlüssel abgab und die Stätte seiner Tätigkeit verließ. Die Vorgänge dieser Sitzung, sowie die Unterlagen der Verhandlungen sind uns nicht bekannt, weil die Ausschickter-Mitglieder strengstes Schweigen bewahrt haben, aber die Sache muß für Ermet sehr schief gestanden haben, denn wir nicht für nichts jagte man den einflussreichsten Mann und besten Redner der Siegerländischen Bergarbeiter-Schaft nicht aus Stellung und Brot.

Auf Prozektion Siders wurde er dann als Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit 3000 Mark Jahresgehalt angestellt und zog als Wanderredner mit Sticker-Ware und M.-Gladbacher Plakaten zur Verächtlichung der Arbeiterpartei und „Belegung“ durchs Land der Gottesfürcht und frommen Sitte. Später beschafften seine Freunde ihm eine noch bessere Stellung beim Fürsten Pleß, wo er jetzt „Königstreue“ Meinung auf fürstlichen Wunsch macht und nebenbei mit der alten Ware noch weiter auf Meise geht und mit käuflicher Demagogie die schändlichsten Gemeinheiten mit überleitet und ausgiebigster Raffinesse gegen die Arbeiterpartei und die freien Gewerkschaften sowie einzelne leitende Personen wühlend.

Dritter Verhandlungstag der Taxpazierer.

Vor Eintritt in die Verhandlungen wird folgende Erklärung verlesen:

Die sämtlichen auf der Generalversammlung zu Magdeburg ebenfalls vertreten gewesenen Delegierten des Verbandes erklären, daß der Hauptvorstand im Falle Beschränkung der Aufstellung nach nicht im Sinne der damaligen General-Versammlung gehandelt hat.

Mein-Hannover, Wagner-Nürnberg, Schille-Oberweiß, Klein-Düffelberg, Gschütz-Frankfurt, Westmann-Berlin, Wolf-Berlin.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen beendeten mit der Erörterung des Berichts über die Lohnbewegungen. Dazu haben Leipzig, Nürnberg, Weidach und einige andere drei Anträge auf Erhaben aus Streiks herrührenden Schäden bei der Hauptversammlung gestellt. Als erster Diskussionsrechner nimmt Adler-Berlin das Wort, der eingehend die Verhältnisse beim Reichstag schildert und dafür plädiert, ihren 22 Mark, die sie noch der Haupt-Versammlung aus dem Streik schulden, zurückzuführen. Adler-Berlin a. E. tritt dafür ein, daß überall, wo es geht, alte Tarife abgeändert werden. Die Beschränkungen Beders, daß Tarifabschlüsse löblich auf die Arbeiter-Vergewinnung wirken, teile er nicht. Schließend muß bei Abschluß von Tarif mit Voricht vorgegangen werden; es ist nicht notwendig, daß überall gleich die Forderung der Abschaffung der Akkordarbeit aufgestellt wird. Eine solche Forderung kann mehr Schaden, wie Nutzen. Meese-Hannover ist der Meinung, daß es ganz auf die örtlichen Verhältnisse ankommt, ob ein Tarif abgeändert werden wird oder nicht. Mehr Wert ist auf die Art der Abfassung der Tarife zu legen. Die Forderung der Abschaffung

Sommer-Theater.

Dienstag, den 3. Juli 1906.

Erdsgeist. Trauödie von Frank Wedekind. Die Literaturgeschichte der Zukunft wird einmal ihre liebe Not haben, Frank Wedekind nach seiner literarischen Verwandtschaft während einzuzeichnen, denn ist das vollends unendlich. Mikelos wandernd hat sich dieser literarische Zigeuner an sämtlichen Kulturen, Literaturen und starken Persönlichkeiten gerieben, denen er begegnete. Immer bunter ward sein Dichter-Gewand. Obendrein schäumt übermäßig heißes Fikussblut in seinen Adern. Im „Erdsgeist“ schildert er die männermordende Macht eines Weibes, in feigem Sinne richtiger gesagt: des Weibes. Die zu erweichende Thelä, auch mancher Satz des Dialogs klingend, als stammten sie von Strindberg, dem kranken Genie, der seine Lebensarbeit brach gekostet hat, die zerstörende Kraft des Weibes noch heute an erweisen.

Aber während Strindberg mit sanftlicher Umgebung, wie ein Priester des Hasses in düsterer Ernste seine Gedanken darlegt, stellt Wedekind den Strindberg oder vielmehr sich selbst auf den Kopf und sieht im Kleide des Provokats mit oft kumelnden, aber stets nachlässig hingeworfenen Worten gegen das Weib.

Unerhörte Gräueltat zeigt er uns. Fast in jedem Akte deckt ein von Lulu, der Heldin des Stückes, gemordeter Mann das Schlachtfeld. Aber die Linde des Künstlers Wedekind ist nicht danach angezogen, reichte Trauer oder ungemischtes Entsetzen in uns anzuklopfen. Ein drohlicher Schutzel wurde von des Künstlers Hand dazwischen geworfen — und wir lachen bei dem Todes-Reden der Begleitigen, müssen lachen, wie bei Wilhelm Busch, der seine tiefe Schwermut als des Gländs der Welt für die große Masse ja auch stets durch seine groteske Linienführung zu verdecken wußte. So liegt am Schluß des Stückes der Redakteur Schön, von Lulu's Revolver getroffen, rächelnd am Boden. Als er ein Nest von Liebhabern bei ihr traf, hat sie ihn erschossen, nachdem sie ihn lange zuvor schon moralisch getödtet hatte.

Eine ungeheure Verzerrung herrscht im Zimmer. Und in diese allgemeine literarische Besinnung hinein heult ein blinderer Gynntalag, der eben seine ersten Liebesknoten bei Lulu gemacht hat und dabei von der Katastrophe überrascht worden ist, die bange Klage: „Ich werde von der Schule getriegt!“ Das ist Wedekind. Die Hauptrollen, die der Lulu und ihres Opfers, des Dr. Schön, wurden von den Berliner Künstlerinnen Frau Eysoldt und Herrn Steinrück gegeben. Herr Steinrück ist von früher her als Charakterdarsteller der Dresdener Bühnen rühmlich bekannt. Er gab den Schön recht als brutale Verrennung, als Königsstier, wie ihn Wedekind im Prolog gemalt hat. Er sucht die Riesenmaschine Lulu unerschütterlich zu machen, flieht dann vor ihr, um schließlich doch in ihrer überdrücklichen Umarmung zu verreckeln.

Frau Eysoldt hat den geistvollen Alfred Kerr einen ins Fämonische verzerrten Scherzungen genannt. Die feste Rubenheitigkeit, wie die perverste Dämonie, die ihr in Erscheinung, Stimme und Spiel zu eigen sind, machten, daß sie des Dichters Absichten restlos erfüllte.

Die übrigen Darsteller behaupteten sich durchweg brav in ihren allerdings bescheidenen Rollen. Herr Fiegel sprach als Marktstreiter und Tierhändler den Prolog. Es war eine Beachtenswert.

Aus aller Welt.

Der Kirchbrand in Hamburg. Der Senat von Hamburg hat den sofortigen Wiederaufbau der Michaelskirche beschlossen. Die Ursachen des Brandes sind jetzt festgestellt. Beim Aben von Kupferplatten im Turm wurde eine Platte glühend. Daraus fing der F. Hobden Feuer. Der Thürner Bäuerle wollte das Feuer nicht melden, sondern ließ Wasser aus dem Wasserreservoir darauf. Fünf Minuten später schloß schon eine hohe Flamme aus den Fußboden. Der Türmer meldete das Feuer und löm in den Flammen um. Nach den bisherigen Bestimmungen ist sonst niemand verbrannt. Die Handwerker entkamen aus dem Turm. Geborgen sind die Akten des Archivs und die meisten Silberstücke, ebenso die alten Dolmetsche in der verpöbelten Kugel auf der Spitze des Turmes, die beim Sturz in zwei Teile zerbrach. Die Michaelskirche ist, wie alle Hamburger Kirchen, selbst nicht versichert, sondern nur das Inventar mit 150,000 Mark. Die Hamburger Zeitungen erlassen Aufrufe zu Sammlungen für die Abgebrannten. Es steht jetzt fest, daß zwölf Häuser total und zwanzig teilweise verbrannt sind.

Verstärkter Eisenbahnausfall. Durch Unachtsamkeit des Lokomotivführers Feidmann wurde am 3. d. M. in der Station Döberhan ein große Eisenbahnkatastrophe verurteilt. Durch falsche Weisung drohten gegen 11 Uhr morgens zwei die Station passierenden D-Züge Nr. 119 und 30 aufeinander zu stoßen, als der Lokomotivführer die Gefahr erkannte und durch hartes Anziehen der Schnellbremse sowie Konterdampf die Katastrophe verhütete. Die Behörde hat eine Untersuchung eingeleitet.

Ein 80 Jahre alte Tochter Mor's des Königen Wilhelm III. a. E., die vor Jahren in einer Irrenanstalt untergebracht war. Der Vater konnte aber die Kosten nicht erdulden und nahm die Tochter wieder zu sich. Seitdem blieb sie vor den Mauern der Dorfwohner verheimlicht. Ein Gericht wollte wissen, daß sie in einem Verlies im Elternhause gefangen gehalten würde. Dies Gericht verurteilte sich immer mehr und gab schließlich dem Ortsanführer Veranlassung, in Gemeinschaft mit dem Gemeindevorsteher das Haus zu durchsuchen. Man fand die Unalliche in einem Holzverschlage auf. Aus dem dunklen Raum strömte den Eintretenden ein pestilenzartiger Geruch entgegen. Auf einem harten harten Strohs lag, zusammengekrümmt und nur mit einem Andressen bekleidet, die fast zum Skelett abgemagerte Kranke. Infolge der unmenslichen Behandlung war der Körper der Armen an verschiedenen Stellen durchgehauen. Nachelang hatte die Verhältnisse in dem finsternen Raum, vor Schmutz herum, zugebracht. Sie und wieder wurde ihr durch ein Loch in der Tür etwas Nahrung zugebracht. Das unalliche Geschöpf wurde anderwärts untergebracht, gegen die unmenslichen Eltern wurde Straf-anzeige erstattet.

Ein Selbstmord aus Furcht vor dem Examen. Der stud. jur. Hoffmann aus Königsberg i. N. schoß sich auf dem Königstropf in der Kolonie Oberweiß-Maranzshof eine Kugel in das Herz, so daß auf der Stelle der Tod eintrat. Neben der Leiche lag der noch mit ihm schafften Patronen geladene Revolver. Das Motiv zu der unglückigen Tat soll Furcht vor dem Examen sein.

Ein Gendarmen-ergeant unter dem Verdachte des Mordes verhaftet. Aus Farchheim (Oberhausen) wird berichtet: Hier wurde die 25 Jahre alte Arbeiterfrau Anna Hoffmann in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Als der Tat verdächtig wurde der Gendarmen-ergeant Schlereth verhaftet, von dem sich die Ermordete Mutter fühlte. Der Borsall ertagte großes Aufsehen.

Ein Menschenleben. Aus unbekannter Ursache kürzte ein Straßenbahnwagen in Altoona (Amerika) einen heißen Abhang zwischen den Bergwerkshütten Puritan und Parage hinab. Ein Personen kamen ums Leben.

Ein Staatsbahnstrecke hat sich in der vorigen Woche in Eberswalde abgespielt. Es warteten in der Bahnhofshalle auf den Zug 12.00 Uhr Nachts nach Berlin etwa 30 Fahrgäste. Die Schärde näh heran, der Zug fährt ein, aber kein Beamter läßt sich sehen, der die Türen zum Bahnsteig öffnet und die Fahrlarten kontrolliert. Der Zug fährt ab. Es als der von Berlin kommende Zug 12 Uhr 25 Minuten sich nähert, werden die Türen geöffnet. Es stellt sich heraus, daß die Beamten den vorigen Zug einfach verfahren lassen hatten. Die zurückgelassenen Passagiere wurden alsdann mit erheblicher Verpätung nach Berlin befristet.

Bezirkskommandant v. Zander vor den Geschworenen.

Der Vorsitzende eröffnet gegen 9 1/2 Uhr Vormittags die Sitzung mit der Bitte an sämtliche Prozessbeteiligten, möglichst zur Abfertigung der Verhandlung beizutreten, da die große Gefahr vorliege, dass, wenn noch einer der Geschworenen krank werde, die Verhandlung nicht fortgesetzt werden könne und alsdann die ganze bisherige Arbeit vergeblich sei.

Vier auf wird Gemeindevorsteher Mann (Wöllingerode) als Zeuge vernommen. v. Zander habe im Jahre 1904, als er von einer längeren Reise zurückkam, die Steuern nicht bezahlen können. Da er zur Klärung schreiben wollte, habe ihm v. Zander eine Aktie der Chemiker-Einkaufs-Gesellschaft als Pfand gegeben und nach etwa acht Tagen dies Pfand eingelöst. von Zander habe

neuen Diensthofen

schafft. v. Zander: Das viele Personal war ganz gegen mein Willen und Willen von meiner Frau engagiert. Staatsanw.: Sie haben aber doch das ganze Personal bei der Ortsbehörde angemeldet. v. Zander: Das war ich allerdings gesetzlich verpflichtet. Auf Befragen des v. Zander gibt Gemeindevorsteher Mann zu, daß zu den 9 Personen auch die Gouvernante, die Kammerjungfer und das Kindersäuglein gehörten. Das Personal habe vielfach geschwiehelt, bisweilen habe es aus nur fünf Personen bestanden. Gerichtsvolk. Jede teilt aus seinen Akten die seit Januar 1902 bei v. Zander vorgenommenen Pfändungen im einzelnen mit.

v. Zander: Diese Pfändungen waren fast ausschließlich durch die unklugen Befehle meiner Frau erfolgt. Staatsanw.: Beiläufig waren Sie aber? v. Zander: Das gebe ich zu. Aus den weiteren Mitteilungen des Gerichtsvolksherrn geht hervor, daß er vielfach nicht zu siegeln brauchte, da v. Zander Zahlung leistete.

Im weiteren Verlauf bekundet Gerichtsvolk. Kade: Im Januar 1904, als gerade in Schmiederte die Möbel aufgeladen waren und die Familie nach Wöllingerode abziehen wollte, habe er wiederum einen Pfändungsauftrag gehabt. Major v. Zander habe ihm einen Teil des Betrages teils in bar, teils in Coupons gegeben und ihn gebeten, den Rest auszuliefern. Er habe ihm auf Ehrenwort versprochen, das Geld — 253 M. — nach 2 Tagen zurückzahlen. Dies Versprechen habe aber v. Zander trotz mehrfacher schriftlicher Mahnung nicht gehalten. Er habe daraufhin die Coupons verkauft und hatte dann noch 223 M. zu bekommen. Nach weiteren Mahnungen habe ihm v. Zander, als er bereits verhaftet war, aus dem Untersuchungsgefängnis heraus ratenweise bezahlt.

v. Zander: Ich bestreite ganz entschieden, daß ich dem Zeugen auf Ehrenwort versprochen habe, das Geld nach 2 Tagen zurückzugeben. Das Ehrenwort habe ich dem Zeugen überhaupt nicht gegeben, es ist aber auch unmöglich, daß ich versprochen habe, nach 2 Tagen das Geld zurückzugeben, da ich dazu gar nicht in der Lage war. Ich bin mit solchen Versicherungen sehr vorsichtig. Der Zeuge bleibt bei seiner Behauptung. Frau v. Zander: Ich bin bei dieser Unternehmung anwesend gewesen und bestreite ganz entschieden, daß mein Mann dem Gerichtsvolksherrn das Ehrenwort gegeben hat. Offiziere geben doch nur Ehrenwörter.

v. Zander (erregt): Es wird alles aufgegeben, um mich in der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht zu stellen. Dafür hat gefahren der Fall Bondick einen treffenden Beweis geliefert. Aber auch Menschling hat sich mit meinem Todfeinde Schoone verbunden, um mich zu diskreditieren, und wenn möglich, zu vernichten. Es ist das Gericht anstandslos zu befragen: Ich hätte meinen Inspektor angepöbelt. Seitdem wurde der Anwalt des Inspektors selbst angeben, daß letzterer überhaupt keine Forderung an mich hat, da meine Forderung an ihn überhandtiefen ist. Vork.: Das entspricht nicht dem Sachverhalt. Der Anwalt des Zeugen Bondick hat bloß behauptet: Er habe seinem Mandanten geraten, von der Klage Abstand zu nehmen, da die Forderung nicht genügend begründet erscheine.

v. Zander bemerkt alsdann auf Befragen des Vorsitzenden: Er habe dem Ingenieur Dör Ratschläge, bezüglich Begründung einer Motorgesellschaft gegeben und da er sich damals infolge der unklugen Handlungen seiner Frau in arger Geldverlegenheit befand, habe er Dör um ein Darlehen von 1000 M. gebeten. Seine damalige Situation könne nur der begriffen, der selbst einmal mit einer solchen Frau zu tun hatte. Von dem Darlehen habe er die Hälfte zurückgezahlt, 500 M. sei er noch schuldig; er sei aber der Meinung gewesen, daß er dies Geld durch die ihm beschriebene Beteiligung am Reingewinn des Unternehmens sich abrechnen könne.

Zander teilt alsdann mit, daß er an Schmiedelbänken leide und sehr unwohl sei. Er wolle aber versuchen, der Verhandlung zu folgen. Es wird hierauf Ingenieur Dör als Zeuge vernommen: Im Januar 1904 habe er v. Zander in Goslar kennen gelernt. Dieser habe ihm bezüglich einiger von ihm erfindenden Neuerungen Ratschläge zur Begründung einer Gesellschaft gemacht und ihm außerdem ein Darlehen von 6000 M. verschafft. Die Gesellschaft werde Ausbeutung seiner Erfindungen sei aber erst bedeutend später zustande gekommen. Vork.: Der Beschaffung der 6000 M. habe er v. Zander 1000 M. geliehen und davon die Hälfte zurückgehalten. Auf Befragen der medizinischen Sachverständigen befindet der Zeuge noch: Frau v. Zander habe, als er und einige andere Herren einmal bei v. Zander zum Kaffeemachen, ohne sichtlich Veranlassung dem Mann furchtbare Szenen gemacht. Die Frau sei so angefaßt gewesen, daß ihr der Schaum vor den Mund trat. v. Zander suchte seine Frau zu beruhigen, seine Bemühungen hatten aber keinen Erfolg. Er gewann den Eindruck, daß die Frau geistig nicht normal sei, daß ihr zum mindesten die Selbstbeherrschung vollständig abgehe.

Nachmittags macht v. Zander wieder einen ganz munteren Eindruck. Der Vorsitzende hält nach Wiedereröffnung der Verhandlung dem Angeklagten vor: Er habe mit dem Holzhändler Rost im Januar 1903 einen Vertrag geschlossen, diesem 1000 Festmeter Grubenholz im Betrage von 7000 M. zu liefern. Er habe sich von Rost 3000 M. und später noch 1500 M. Vorschuß geben lassen, das Holz aber nicht geliefert.

Der Vert. J.-R. Dr. Marnoth beantragt, den vom Angeklagten in der Untersuchungshaft verfaßten Lebenslauf zu verlesen. Vork.: Als Sie den Lebenslauf schrieben, war Ihnen bereits bekannt, daß Ihre Tagebuchaufzeichnungen beschlagnamhaft waren? v. Zander: Ich weiß es nicht. Vork.: Es waren Ihnen doch schon die Tagebuchaufzeichnungen vorgehalten worden. v. Zander: Obwohl es waren doch aber nicht die Aufzeichnungen des Raubmörders Hennig. Vork.: Ich fordere Sie jetzt nochmals auf, sich aller solcher Bemerkungen zu enthalten. v. Zander: Herr Landgerichtsrat Hirtle sagte mir: „Die Tagebuchaufzeichnungen sind das Werk eines Verbrechers.“ (Bewegung im Zuhörerraum.) Vork.: (erregt): Ich habe Sie lange Zeit gebeten, obwohl ich das Recht hatte, Sie anzufordern, sich aller solcher Bemerkungen zu enthalten. Sollten Sie trotzdem in dieser Weise fortfahren, dann werde ich keine Rücksicht mehr üben, sondern unnahehaftig gegen Sie vorgehen.

Holzhandler Rost, der danach als Zeuge vernommen wird, behauptet: Er habe mit dem Angeklagten am 28. Januar 1903 einen Vertrag geschlossen, wonach dieser ihm bis 1. Mai 1903 1000 Festmeter Grubenholz für 7000 M. zu liefern hatte. Er habe v. Zander einen sofortigen Vorschuß von 3000 M. und später noch 1500 M. gegeben, es sei das allgemein üblich, v. Zander habe aber das Holz nicht geliefert. Er habe ihm schließlich Bergwerks-Aktien als Sicherheit gegeben, diese seien aber nicht veräußert, er glaube auch nicht, daß sie jemals veräußert sein werden. v. Zander: Ich brauche mich auf das Zeugnis des Zeugen geladenen Kaufmanns Clasen (Koblenz). Dieser wird belunden, daß und welchen inneren Wert die Aktien haben. Bei weiteren Erklärungen bemerkt v. Zander: Es ist mir der Vorwurf der Unwahrheit gemacht worden, weil ich nicht angegeben habe: ich habe den Prozeß gegen Schoone in erster Instanz verloren. Ich habe mich dabei keiner Unwahrheit schuldig ge-

lungen verschiedener Redner Bezug auf die Taktik der Unternehmung. In unserem Beruf haben wir es doch nicht mit einem so mächtigen Großunternehmern zu tun, wie in anderen Berufen. In seinem Schlußwort warnt auch v. Zander zu erheben, denn schon die Beiträge zu erheben. Den großen Vorkauforganisationen bleibt es ja unbenommen, ihre Beiträge zu erheben. Vork.: Hamburg referiert hierauf über die Gauen-richtungen. In Magdeburg wurde gewünscht, etwas Besseres zu stellen und namentlich auch etwas Besseres Beitragshebung besolde Kaffierer anzustellen. Das hat sich bewährt. Die Verhältnisse in den einzelnen Orten haben sich wesentlich verbessert. Neben den Kaffierer sind vom Hauptverband auch noch einige Gauenleiter angestellt worden. Auch diese Anstellung ist von Nutzen gewesen. Es sind Gauenleiter angestellt worden in Rheinlands-Westfalen, im Westfalen (Frankfurt am Main) und im Ostfalen. Diese Anstellung dürfte wohl den Intentionen des Magdeburger Verbandstages entsprechen. (Zustimmung.) Alles weitere finden Sie in dem Rechenschaftsbericht, auf den ich verweise.

Arbeiterbewegung.

Die Ausperrung der Berliner Glaser hat einen größeren Umfang, als den bereits gemeldet, bisher nicht angenommen. Es scheint auch, als sei die Mehrzahl der Meister nicht gewillt, den Tarifbruch der Jungmeister zu unterstützen. Eine Anzahl kleinerer Firmen hat die Ausperrung bereits wieder rückgängig gemacht. Sie geben an, es sei ihnen nicht möglich, die Glaser noch vor Ablauf des Tarifvertrages höhere Löhne zu zahlen. Nachdem sie aber ihren Verzicht eingelegt, erklärten sie, daß zur Ausperrung ihrer Arbeiter keine Anlässe mehr vorläge. Auch mehrere größere Firmen ließen den Verbandvertretern sagen, sie würden sich halten, ihre Leute mitauszusperren, weil sie nicht die mindeste Lust hätten, den Hauptstellen des Unternehmerverbandes die Kasernen aus dem Feuer zu holen. Laut Kontrolle sind in Berlin 387 Glaser ausgesperrt. Beschäftigt werden insgesamt rund 1000 Gehilfen, wovon ca. 900 der Organisation angeschlossen sind.

Zur Ausperrung der Buchbinder. Mit ganz besonderem Eifer wird neuerdings von den Unternehmern das Geschäft ausgebreitet, die Mittel des Buchbinderverbandes seien völlig erschöpft. Unterführung von anderen Verbänden sei nicht zu erwarten und so würden in aller nächster Zeit die Aussperrten um die bedingungslose Wiederannahme in die Betriebe betteln müssen. Demgegenüber sei hiermit festgestellt, daß dies Geschäft vollständig unzureichend ist und die Mittel zur Unterführung auf viele Wochen zur Verfügung gestellt sind, sobald die Aussperrten sowohl als der Buchbinderverband den kommenden Dinstag jedenfalls ruhiger entgegensehen können, als die im schweren Druck befindlichen Unternehmer.

Ausperrung im Lithographie- und Steindruckergewerbe. Die in der Versammlung mit Verfall aufgenommene Mitteilung, daß die Firma Geis in Hamburg-Badstedt die Aussperrung unter beabsichtigter Erhöhung der Löhne und gleichzeitiger sofortiger Entlassung eines mißliebigen „Obers“ zurückgenommen habe, kann noch durch die neue Nachricht ergänzt werden, daß in Mainz ebenfalls zwei angegebene Firmen, Töcher und Schott unter Erhöhung der Löhne und in einer Firma Verklärung der Arbeitszeit, die Aussperrungen zurückgezogen haben.

Ausperrung im Nürnberg-Nürther Bauergewerbe. Aus Nürnberg wird gemeldet: In einer Vollversammlung des Arbeiterverbandes im Nagerwerke für Mittelranken wurde beschlossen, nachdem sich die Arbeiter in den Verhandlungen vollständig unannehmlich gezeigt und ansetzen haben, über eine Anzahl von Betrieben die Hauptwerke zu verhängen. Ähnliche organisierten Maurer und Steinbauer, Bau- und Hilfsarbeiter in Nürnberg und Würzburg auszusperrten. Von der Sparte werden ungefähr 4000 Arbeiter betroffen.

Die bezeugten Hilfsarbeiter Leipzigs haben einen neuen Tarif errungen. Dieser Tarif, der nach 5 Wochen langen Verhandlungen am 1. Juli wurde, erhöht den Stundenlohn von 44 auf 46 Pfennige auf 47 und 49 Pfennige vom 1. Juli 1904 ab und auf 50 — 52 Pfennige vom 1. Juli 1907 ab. Auch auf die höheren Löhne werden 3 Pfennige pro Stunde angelegt. Die Lohnauszahlung erfolgt von nun an Freitag. Die Arbeitszeit endet am Sonntagabend eine Stunde früher als bisher. Die Arbeiter an Bahnhöfen, die mit den Maurerarbeiten in Verbindung stehen und für welche bisher nur 35—43 Pfennige Stundenlohn gezahlt wurden, treten die neuen Tariflöhne in Kraft.

Der Gasarbeiterstreik in Düsseldorf wurde mit vollem Erfolge beendet. Sämtliche Forderungen der Ausständigen wurden bewilligt. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Die Zahl der ausländischen und ausgesperrten Textilarbeiter in Hork in der Provinz beläuft sich gegenwärtig auf etwa 6500. Am 3. d. M. haben zwei Textilarbeitervereine eine Kommission gewählt, die mit den Unternehmern in Unterhandlungen treten soll. Die Fabrikanten ihrerseits haben beschlossen, die Betriebe offen zu halten.

In Mannheim sind auf dem „Stebelwerk“ vormals Rudolf Otto Meyer 60 Schloffer wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten. Ein Unternehmerverein. 44 Seidenfabriken in Krefeld und Wuppertal, sowie die drei größten ausländischen Seidenfabriken in Lyon, Basel und Thalwil gründeten am 1. Juli einen Verband der Seidenfabriken, der die Festsetzung der Farbpreise, sowie die Verbindung der unklarerer Preisunterbeziehungen bezweckt.

Der Ausstand der Gasarbeiter und Lampenanzünder in Budapest ist beendet. Drei christlich-soziale Bezugsführer, deren Entlassung die Ausständigen gefordert hatten sind verurteilt worden.

Der Streikbahnenstreik in Rom. Der Trambahnenstreik, der den 5. Tag andauert, nimmt einen vorzüglichen Verlauf. Der Zusammenhalt der Streikenden ist ein guter, die Unterstützung der anderen Arbeiter-Kategorien ist reichlich. Aller Voraussicht nach, müßte der Streik einen für die Arbeiter günstigen Ausgang nehmen.

Die Schweizerarbeiter in Gallien (Italien) haben in einer Versammlung den General-Ausstand proklamiert. Nach Schluß der Versammlung gaben die Arbeiter mit Fahnen durch die Stadt und veranlassen die Schließung der Läden. Infolge der drohenden Haltung der Volksmenge schritt die öffentliche Macht ein, um die Massenführer zu greifen. Einige Polizisten und Carabinieri wurden durch Messerhiebe, Stöße bezw. Steinwürfe verletzt. Ein Anarchist, namens Fronti, der einen Karabinier schwer verwundet hatte, wurde festgenommen. Als er nach dem Gefängnis gebracht wurde, verurteilte die Menge, ihn zu befeuern und hätte an der Tür des Gefängnisses die Wache demnächst überfallen. Diese gab 9 Schüsse ab, durch die 7 Personen verwundet wurden. Später wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Ob dieser Bericht in allen Einzelheiten zutrifft, muß abgewartet werden. Anheimend handelt es sich hier um einen gefährlichen Bericht. Ausperrungsbewegung dänischer Unternehmer. Die dänische Arbeiter- und Meistervereingung droht wieder einmal mit einer großen Ausperrung, die, wenn sie durchgeführt wird, sich auf 12,000 Arbeiter erstrecken wird. Der Grund dafür ist, daß circa 200 Holzarbeiter auf zwei großen Schiffswerften in Kopenhagen Forderungen zur Regelung ihrer Lohnverhältnisse gestellt und erklärt haben, daß falls bis zum 6. Juli kein Entgegenkommen angeht, über die Niederlegung der Arbeit beschlossen werden soll. Die allgemeine Organisation des Unternehmertums hat nun dem Gesamtverband der Gewerkschaften Dänemarks mitgeteilt, daß, wenn jener Streik ausbricht, eine Woche darauf sämtliche in der dänischen Eisenindustrie tätigen Arbeiter sowie sämtliche organisierten Arbeiter jener zwei Werften ausgesperrt werden sollen. Führt diese Maßregel nicht zur Vermeidung des Streiks, so soll die Ausperrung auf alle Arbeiter der Eisenindustrie Dänemarks sowie auf die anderen großen Schiffswerften und Maschinenbauanstalten ausgedehnt werden, und zwar nach Verlauf von weiteren acht Tagen.

der Norddeutsche zum Beispiel kann nicht überall durchgeführt werden. Nachteilig darf der Norddeutsche nicht verschoben werden. W. a. u. e. r. Nürnberg begründet die Ursache des Scheiterns des Nürnberg Vereins und plädiert dafür, ihm die Schuldsumme zu streichen. Das ist in die missliche Situation genommen, liegt nicht an uns, sondern an der Opposition, die sich bei uns geltend gemacht hat. W. a. u. e. r. Berlin plädiert dafür, daß die Berliner Arbeitgeber in der letzten Zeit eine neue, schärfere Taktik befolgten. Sie beeinflussten auch die Unternehmer in den Provinzen. Insofern ist es notwendig, auf den Weg zu sein. Was den Abschluß von Tarifen betrifft, so sollte weniger auf Erhöhung von Löhnen, als auf die Verklärung der Arbeitszeit hingewirkt werden. Die Erhöhung der Löhne kommt dann schon von selbst. Im übrigen ist er der Meinung, daß der Leipziger Streik gewonnen werden wäre, wenn man eine gleiche Taktik beobachtet hätte, wie die Berliner bei ihrem Streik. W. a. u. e. r. Frankfurt meint, daß die Abschließung von Tarifen heute eine Notwendigkeit ist. Dabei muß man allerdings unterscheiden zwischen Einzelabmachungen und Tarifabschlüssen mit Unternehmervereinigungen. In Nürnberg a. V. kann von Tarifabschlüssen nicht geredet werden; dort bestehen nur Einzelabmachungen. Die Lohnbewegungen zeigen auch, daß noch Streiks nicht mehr wie früher eine Mittelberufung eintritt, sondern die Mitglieder bleiben bei den Organisationen. Das führt ich auf den Abschluß von Tarifen zurück. Den Nürnbergern bitte ich, ihre Schuld beim Hauptvorstande niederzuschreiben, damit dort geordnete Verhältnisse eintreten. S. P. l. e. d. t. Hamburg sagt, die Taktik der Unternehmer nötigt uns, auch untereinander eine andere, vorzüglichere Taktik anzuwenden. Vorbedingung dazu ist, daß überall starke Organisationen bestehen. Tarife abzuschließen hat nur Wert, wenn sie auch gehalten werden, sonst sind sie wertlos. Bezüglich der Vertretung der Kosten bei Streiks muß eine Abänderung eintreten; es darf nicht mehr so blind, wie in Nürnberg, gewirtschaftet werden, wo ein wöchentliches Streik über 700 Mark gekostet hat. So wie in Nürnberg ging es in Heidelberg, wo man ebenfalls auf Kosten der Hauptkasse ins Blaue hinein wirtschaftete. G. u. r. e. n. a. l. Darmstadt schildert die Verhältnisse in Darmstadt und bittet, auch seinem Verein eine Schuld aus dem Streik niederzuschreiben. S. n. g. e. l. Dresden redet dem Abschluß von Tarifen das Wort, wobei nicht immer allzu hohe Forderungen gestellt werden sollten. Der Präsident nehmen, was wir freigen: wenn's kein Großes ist, nehmen wir einen Fünfer. Bei Tarifabschlüssen sollte immer vorher die Situation geprüft werden.

Es sprachen noch zu der Sache P. r. i. e. t. s. c. h. - B. e. u. t. s. c. h. u. S. i. p. h. o. l. - D. r. e. s. d. e. n. N. e. u. e. - L. e. i. p. z. i. g. F. r. i. e. d. m. e. h. e. r. - H. a. m. b. u. r. g. Die alle ärztliche Verhältnisse erörtern und dabei zum Ausdruck bringen, daß bei Tarifabschlüssen in der Hauptsache auf Verklärung der Arbeitszeit und damit in Verbindung auf Erhöhung des Lohnes hingewirkt werden muß. W. a. u. e. r. Berlin tritt verabschiedeten Rednern entgegen und betont, daß unter allen Umständen erst starke Organisationen geschlossen werden müssen, bevor Streiks unternommen werden. Dann sollten nicht zu langwierige Tarife abgeschlossen werden. G. r. a. n. w. a. l. d. Hamburg warnt, etwa die Taktik der Berliner auf die Provinzialstädte anzuwenden. Die Verhältnisse in den Provinzialstädten seien wesentlich andere, wie in Berlin. Es empfiehlt sich auf alle Fälle, sich vorher mit der Hauptverwaltung des Vereines zu setzen, wenn Forderungen aufgestellt werden, und dieselben möglichst genau zu präzisieren.

Da nach 19 Redner gemeldet sind, und Gefahr besteht, daß die Debatte ins Unendliche verläuft, wird Schluß beschlossen.

Im Schlußwort hebt v. Zander auf die Eindringungen einzelner Redner auf seine Ausführungen ein, wobei er betont, daß der Verband alle Klagen habe, neben anderen Dingen auch den Arbeitsnachweis größerer Aufmerksamkeit zu schenken. Die Taktik muß den ärztlichen Verhältnissen angepaßt werden. Was in Berlin geht, geht noch lange nicht in den Provinzen. Bezüglich der Annahme betreffs Verklärung der Arbeitszeit empfiehlt v. Zander, diesen Anträgen zurückzugehen, um die Missionsfrucht der Missionen nicht zu lähmen. Reizt man sich dabei, daß die Arbeitsverhältnisse für die Folge sich streng an die Beschlässe und Bestimmungen halten.

Den Anträgen Nürnberg, Leipzig, Heidelberg und Darmstadt wird hierauf stattgegeben.

Es folgt der Bericht über die Unterstützungsausschüsse in a. n. a. n. Berichterstatter ist G. r. a. n. w. a. l. d. Hamburg. Die Arbeitslosenunterstützung ist jetzt 1/4 Jahr eingeleitet. Nach den bisherigen Feststellungen ist anzunehmen, daß mit den bisherigen Säcken auskommen. Von 100 Kollegen kommen nur 50 zu den Besichtigungen der Unterstützungen, weil sie nicht 52 Wochenbeiträge steuern. Das ist wichtig bei Beurteilung des ganzen Unterstützungsweins. W. a. u. e. r. macht ich, allmählich neue Forderungen zu stellen. Andere Gewerkschaften dürfen dabei nicht als Beispiel herangezogen werden; denn dort liegen die Verhältnisse zum Teil ganz anders. Sie haben sich zum Teil in der Weise gehalten, daß sie an Stelle der bestehenden Unterstützungen eine Erwerbslosenunterstützung geben. Wenn wir unsere verschiedenen Unterstützungen zusammenrechnen, so kommen wir fast zu denselben Säcken. Eines müssen Sie noch beachten: die Arbeitslosen- und die Streikunterstützung wird sich je nach der Beschaffung der wirtschaftlichen Verhältnisse verschoben gestalten. Die Arbeitslosenunterstützung kann stabil bleiben, während die Streikunterstützung fluktuiert. Deshalb mühen wir bei Beurteilung der Ausgaben sehr vorsichtig sein. Verlassen wir uns nicht, daß sich die Säcke nicht erhöhen. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Säcke für Streikunterstützung zu niedrig sind; wir werden sie erhöhen müssen. Das bedeutet eine nicht zu unterschätzende Belastung unserer Kassen. Für eine Erhöhung der Beiträge wird aber wohl heute niemand zu haben sein. Deshalb bitte ich Sie, nachher ja sehr vorsichtig bei der Beschaffung über unsere Unterstützungsleistungen zu sein. Unsere Hauptaufgabe darf nicht sein, die Unternehmungen zu fordern, sondern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Und dazu ist notwendig, daß wir für das nötige Kapital sorgen.

V. i. p. o. l. b. - D. r. e. s. d. e. n. b. l. i. c. k. t. hieren Ausführenden bei und festzuhalten, daß von einzelnen Mitgliedern geradezu unkluge Anträge in Bezug auf Unterstützungsleistungen gestellt worden sind. S. p. l. e. d. t. - H. a. m. b. u. r. g. meint ebenfalls, mit Rücksicht auf den guten Sachverhalt sich allzu unangenehme Bestimmungen hinzugeben. Dem wir haben große Räume zu gewärtigen und müssen darauf geachtet sein. Das, was wir aus der Arbeitslosenunterstützung geschafft haben, die Situation einzubäumen, hat sich nicht erfüllt. Das ist notwendig, beständig aber nur die Erklärungen. Die auch andere Gewerkschaften gemacht haben. W. a. u. e. r. - D. a. n. n. b. u. r. g. meint, die Erhöhung der Beiträge dürfte nicht aus dem Auge gelassen werden. Wenn auch nicht diesmal, so doch auf der nächsten Generalversammlung muß eine Erhöhung der Beiträge angedacht werden. Wenn wir unteren Mitgliedern diese Notwendigkeit klar machen, werden sie auch dafür zu gewinnen sein. Heide-Strick ist der gleichen Auffassung und erklärt, daß man in Kiel auch diese Frage schon erörtert habe. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Kassen gedeckt werden. S. a. n. d. e. r. - B. e. r. l. i. n. ist ebenfalls der Ansicht, daß eine Erhöhung der Beiträge eintritt. Zunächst sollte man in der Weise vorgehen, daß für die größeren Städte die Verhältnisse erhöht werden. Dadurch werden die kleineren Orte vorläufig noch geschützt. V. e. d. e. r. - H. a. m. b. u. r. g. ist nicht prinzipiell gegen eine Erhöhung der Beiträge, warm aber davor, die kleinen Vereine allzusehr zu belasten, namentlich, nachdem in Magdeburg ein so früher Schritt in der Beitragserrhöhung getan worden ist. Eine Beitragserrhöhung, die heute beschlossen würde, könnte unangenehme Folgen haben. Ich wäre entschieden dagegen, namentlich wenn man sich dabei von dem Postulat leiten läßt, die Unterstützungsbeiträge zu erhöhen. R. e. g. e. l. - S. t. e. s. b. a. d. e. n. betritt die Meinung, daß eine Beitragserrhöhung sehr genau abzuwägen werden sollte. Er teilt auch nicht die Befürchtung

macht. Mein damaliger Anwalt sagte mir, man ist hier Sie den Prozeß gewonnen, die Richter haben Sie nur aus formellen Gründen abgewiesen, ansonsten wäre die Beschlagnahme der Restaufhebung aufgehoben worden. Staatsanw.: Der Angeklagte hat aber auch geschrieben: er erhalte, wenn er den Prozeß gewinnt, 30,000 Mark. v. Bander: Ich habe bereits gesagt, daß die Berechnung sehr schwer war. Staatsanw.: Eine solche Angabe zeigt aber nicht von Wahrheitsliebe. Angekl. (erregt): Ich kann mir einen solchen Vorwurf nicht gefallen lassen. Vork.: Ich weiß Sie nochmals in die Schranken, sollten Sie sich nochmals so etwas erlauben, dann werde ich unmissverständlich gegen Sie vorgehen.

Es gelangt danach eine Reihe von Briefen zur Verlesung, in denen v. Bander Moll verächtlich, er werde bemitleidet sein, trotz alledem die 4500 Mark zurückzahlen. Vert. J. M. Dr. M. A. M. r. o. t h: Herr Moll, es war Ihnen bekannt, daß v. Bander den Offenbarungseid geleistet hatte, trotzdem versicherte er in mehreren Briefen, er werde alles aufbieten, um Ihnen die 4500 Mark zurückzugeben, hielten Sie das nicht für etwas Außergewöhnliches? Reuere: Das kann ich nicht sagen. Vert.: Wenn sonst Leute den Offenbarungseid leisten, hielten sie alsdann die Sache nicht für erledigt? Reuere: Im allgemeinen allerdings. Staatsanwalt: Ginge es Ihnen nicht wie mehreren anderen Gläubigern, die an den Offenbarungseid nicht glaubten, weil die v. Bander'schen Erben nicht wie vor sein lebten und in einem feinen Schlosse wohnten? Reuere: Jawohl. v. Bander (erregt): Ich muß doch bemerken, daß wir, nachdem wir den Offenbarungseid geleistet hatten, weder fein lebten, noch in einem feinen Schlosse wohnten. Wir zogen, bald nachdem wir den Offenbarungseid geleistet hatten, in mein Elternhaus nach Wöllingrode, wofür wir zur niedrigen Miete wohnten.

Es wird hierauf nochmals Rittersgutsbesitzer Schoepfle als Zeuge in den Saal gerufen. Er bekennt auf Befragen des Vorsitzenden: Seine Forderungen an v. Bander betragen noch einige 20,000 Mark. v. Bander habe zu ihm gesagt, er wolle aus dem Gut ein Majorat machen. Vork.: Angeklagter v. Bander, ist das richtig? v. Bander: Jawohl. Vork.: Sie haben allerdings eine dementsprechende eidesstattliche Versicherung abgegeben. In der Hauptverhandlung haben Sie dagegen gesagt, es sei Ihnen gar nicht eingefallen, ein Majorat zu machen; wenn Sie eine solche Versicherung getan haben, dann war es im Eifer geschrieben, was ist nun richtig? v. Bander: Richtig ist, daß ich ein Familienmitglied sein wollte. Vork.: Wie kamen Sie aber dazu, in den letzten Tagen der Hauptverhandlung das Gegenteil zu sagen? v. Bander: Herr Vorsitzender, wenn man fünfzehn Monate in einer Zelle eingesperrt ist, dann kann es schon vorkommen, daß das Gedächtnis einmal aussetzt. Ein Geschworener: Der Zeuge Schoepfle sagte bei seiner früheren Vernehmung, er habe das Ministerialreskript abgeschrieben, da es unvollständig geschrieben war. Inzwischen haben wir uns das Ministerialreskript kommen lassen und gefunden, daß es, wie alle Ministerialreskripte, sehr gut geschrieben ist. Zeuge: Ich habe nur gesagt, daß das Reskript abgeschrieben war, wer die Abschrift gemacht hat, weiß ich nicht; ich vermute, daß es mein verstorbener Vater abgeschrieben hat. Ein anderer Geschworener: Der Zeuge hat behauptet, er habe sich v. Bander gegenüber nicht als Offizier vorgestellt. Es ist aber in Schlesien, insbesondere unter den Landwirten, wenn sie Offiziere sind, allgemein üblich, sich als Offiziere vorzustellen; wie kam es, daß Herr Schoepfle hiervon abgesehen ist? Schoepfle: Ich habe nur gesagt, daß ich mich v. Bander nicht als Offizier vorgestellt habe; ich habe aber hinzugefügt, im Laufe des Gesprächs habe ich gesagt: Ich habe beim 6. Ulanen-Regiment mein Jahr abgedient und bin seit 1879 Oberleutnant dieses Regiments. Geschworener: Wurde Herr Schoepfle nicht als Herr Leutnant allgemein angedeutet? Zeuge: Als ich auf dem Lande lebte, wohnte ich in der Stadt, habe ich kein Interesse mehr daran. Auf weiteres Befragen der Geschworenen bemerkt Schoepfle: Er habe v. Bander demüthigt und schließlich auch dem Ehrenrat der Offiziere Anzeige gemacht, um jeden Verdacht von sich abzuweisen. Der Landrichter habe er über die Unwahrheit auf Schönberger Anzeige gemacht, da ihm letzteres berichtet worden war. Staatsanwalt: Welche haben Sie die Einigungsversuche mit v. Bander durchgeföhrt? Zeuge: Weil ich befürchtete, man könnte sagen, ich habe nicht korrekt gehandelt. Es wird danach die v. Schoepfle gegen v. Bander aufgestellte Rechnung verlesen. Große allgemeine Heiterkeit erregt es, als der Vorsitzende vorliest: „Ein Rutschermantel einschließlich Finten 50 Mark.“

Gegen 3 1/2 Uhr Nachmittags wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Aus den Gerichtssälen.

* Mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Von Breslauer Schöffengericht. Am Sonntag den 22. April kam der Maurer S o p p e am Polke von Werel vorüber, und sah, wie dort ein anderer Maurer, Jänisch, Beschäftigung erhalten, indem man ihm das Ueberfließen der am Hause angebrachten Bohlotaufreite übertrug hatte. Eine größere Menge Aufreiter hatten sich bereits eingefunden, die alle mit großem Interesse die Arbeit des Maurers verfolgten. Hoppe trat ebenfalls mit an ihnen, vielleicht um von dem Kollegen noch etwas zu lernen, was ihm später einmal von Nutzen sein könnte. Als der Stiefhahn der Frau Werel, der Fleischer Rosenberger, aber den Hoppe stehen sah, schimpfte er: „Du Lausigel, komm bloß her, Du bekommst ein Paar in die Kr.“ Dabei drang er auf Hoppe ein. Dieser hatte nun den Angreifer ebenfalls Lausigel genannt und ihn, um sich seiner Haut zu wehren, vor die Brust gestoßen. Rosenberger schlug ihn daraufhin mit einem Schlüssel nach dem Kopfe, so daß er, aus zwei Stirnwunden blutend hinfiel. Dies bekundeten vor dem Schöffengericht, wo sich beide gemeinsam zu verantworten hatten, mehrere Zeugen. Das Gericht glaubte aber entgegen den eideschwörenden Aussagen Rosenbergers, wonach der Andere der Angreifer gewesen sein sollte. Das Urteil lautete deshalb gegen jeden der beiden Angeklagten gleichmäßig auf dreißig Mark Geldstrafe.

Wegen Verstoß militärischer Geheimnisse an das Ausland stand der 22jährige Maschinenbauerschüler Jakob Dolken aus Essen vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts. Der Angeklagte wird beschuldigt, den Versuch gemacht zu haben, rauchloses Pulver, sowie Pulverstoffe an eine ausländische Regierung zu liefern und Beschreibungen, sowie Zeichnungen von mehreren deutschen Geschützen, ferner mehrere Zeichnungen eines Marine-Geschüßes sich zu dem gleichen Zwecke zu verschaffen. Geladen waren 9 Zeugen und 4 Sachverständige. Die Verhandlung fand wie stets unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, wegen vollendeten und versuchten Verbrechens des Verstoßes militärischer Geheimnisse.

Den Krankenkassen-Verleumdern zur Beherzung empfohlen! Vor einem Münchener Gericht wurde mehrere Tage lang ein Verleumdungsprozeß der Münchener Ortskrankenkasse gegen den Arzt Dr. Stübgen am Sanatorium Kirchlecon und gegen den

ehemaligen Verwalter dieser Anstalt, Stübgen, zum Austrag gebracht. Es handelte sich um schwere Vorwürfe gegen Verwaltungskomitee der Münchener Ortskrankenkasse, die durch die Verleumdung widerlegt wurden. Nach fünfjähriger Verhandlung wurden beide Beklagte zu je 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Juli.

Die abgehauene Hand vor der Staatsanwaltschaft.

Der Rechtsbeistand Diebolds, Justizrat Dr. M a m r o t h (Breslau) hat bekanntlich bei der Staatsanwaltschaft beantragt, ein Strafverfahren gegen „Unbekannt“ einzuleiten und in diesem alle Schutzleute, die am 19. April 1906 zur Unterdrückung der Unruhen am Striegauer Platz und den angrenzenden Straßen kommandiert waren, eidlich zu vernehmen, ob ihnen der Schutzmann bekannt sei, der Diebold die Hand abgeschlagen hat. Der Erste Staatsanwalt des Breslauer Landgerichts hat nunmehr dem Justizrat Dr. Mamrot folgenden Bescheid zukommen lassen: „Die Nachforschungen nach dem Schutzmann, welcher den Arbeiter Diebold verletzt hat, sind erfolglos geblieben. Der gegen den Schutzmann Nr. 145, namens Springer, und gegen den Schutzmann Thurfch angelegte Verdacht der Täterschaft hat sich als unbegründet herausgestellt. Springer ist am 19. April 1906 im Polizeikommissariat, Viktoriasstraße 78, bis gegen 1 1/2 Uhr Abends tätig gewesen. Er hat sich alsdann in das Restaurant Seide, Ede Viktorias- und Köfchenstraße, begeben, wo er mit dem Schutzmann Jacob, was dieser bestätigt hat, zusammengestoßen hat. Beide sind nach kurzem Verweilen in der Richtung nach ihren Wohnungen, Schillerstraße 21, bezw. Sabitzstraße 21, durch die Köfchenstraße gegangen. Da die Verlesung des Diebold gegen 8 Uhr Abends und in einem von der Sabitzstraße entfernt gelegenen Stadteil erfolgt ist, so kann Springer nicht der Täter gewesen sein, zumal der Schutzmann, welcher in der Hildebrandstraße tätig gewesen ist, offenbar schon einige Zeit vor 8 Uhr zur Unterdrückung der Unruhen hinzugezogen worden sein muß. Der Verdacht gegen den Schutzmann Nr. 145 hatte sich erhoben, weil der Arbeiter Wilhelm Langner, der unmittelbar nach erfolgter Verlesung des Diebold mit seiner Frau und Tochter vor dem Hause Hildebrandstraße 25 angelangt war, einen Schutzmann aus diesem Hause herausgerufen sah, der sich beleidigend und drohend gegen die Ehefrau Langner gewandt haben soll und der angeblich die Nummer 145 getragen hat. Die Ehefrau und die Tochter Langners haben jedoch eidlich bekundet, sie haben sich die Nummer des fraglichen Schutzmanns überhaupt nicht angesehen. Der Ehemann Langner hat, versucht nach der Nummer zu sehen, es ist ihm dies aber, wie er eidlich bekundet hat, in der Aufregung nicht gelungen. Gegen den Schutzmann Thurfch hatte sich der Verdacht der Täterschaft erhoben, weil sein schuldlosiger Sohn Georg dem Schulknaben Jochim eine dahingehende Mitteilung gemacht hatte. Dieser Mitteilung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde. Schutzmann Thurfch ist am Abends des 19. April bei Wiederherstellung der Ruhe in den vom Aufreiter betroffenen Stroben tätig gewesen und hatte am folgenden Morgen seiner Ehefrau in Gegenwart seines Sohnes erzählt, daß dem Arbeiter Diebold die Hand abgeschlagen worden sei. Sein Sohn hat diese Erzählung entwehler irrtümlich dahin aufgefaßt, daß sein Vater selbst der Täter gewesen sei, oder er hat sich vor seinen Mitschülern damit wichtig machen wollen, daß er seinen Vater als den Täter bezeichnete. Liegt es schon an und für sich auf der Hand, daß der Schutzmann, wenn er der Täter gewesen wäre, dies nicht in Gegenwart seines Sohnes erzählt hätte, so kann Schutzmann Thurfch nicht der Täter gewesen sein, weil er vollständig sein Mißverständnis hat.

Die zu der Unterdrückung des „Unruhen“ kommandierten Schutzleute sind sämtlich polizeilich vernommen worden, ob einer von ihnen einen Mann in das Haus Hildebrandstraße 25 versetzt und ihm daselbst auf der Treppe mit dem Säbel eine Hand abgeschlagen habe. Freie Vermutung, sie seien möglicherweise nur danach gefragt worden, ob sie auf dem Striegauerplatz einen Mann an der Hand verwundet hätten, dem die Hand später im Hospital amputiert worden sei, ist mißlich unbegründet. Der fragliche Schutzmann hat sich nicht gemeldet.

Dem Verlangen, sämtliche zur Dienstleistung bei den Ereignissen abkommandierten Schutzleute als Zeugen über ihre Wissenschaft zur Sache eidlich vernehmen zu lassen, kann nicht stattgegeben werden, da jeder dieser Schutzleute in gleicher Weise der Tat verdächtig erscheint, also als Beschuldigter in Betracht kommen würde. Deren eidliche Vernehmung ist daher gesetzlich unzulässig. Sollte die Voruntersuchung, die sich auch auf den Fall Diebold erstreckt, einen Anhalt für die Ermittlung des Schutzmanns ergeben, so werde ich das Ermittlungsverfahren wieder aufnehmen.“

Sicherem Vernehmen nach wird Justizrat Dr. Mamrot, mit Rücksicht auf den letzten Passus, das Rechtsmittel der Beschwerde gegen diesen Bescheid nicht einlegen.

Die Holzarbeiter im wirtschaftlichen Kampfe.

Man hat schon oft die Zeit der Tarifverträge als die Zeit des wirtschaftlichen Waffenstillstandes bezeichnet. Das trifft, wie uns eine Uebersicht über die im ersten Halbjahr 1906 von der Breslauer Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes durchgeführten Lohnbewegungen beweist, nicht völlig zu, zum mindesten nicht bei den großen Industrie-Verbindungen. Hier machen die Anforderungen, die von den einzelnen Branchen an den gemeinsamen Verband gestellt werden, es unmöglich, daß für eine auch nur einigermaßen beträchtliche Zeitspanne Waffenstillstand auf der ganzen Linie eintritt. Irigend an einer Stelle des weiten Kampfplatzes wird sicher gekämpft.

So war es auch bei den Breslauer Holzarbeitern. Für sie war das verfloßene Halbjahr sogar ein ziemlich lebhaftes. An den Angriffslohnbewegungen ohne Arbeitszeitkürzung waren 67 Betriebe mit 320 männlichen und 31 weiblichen Arbeitern beteiligt. Für die Bewegung kamen in Betracht 276 männliche und 31 weibliche Arbeiter. Davon waren 34 Tischler, 66 Knopfdreher mit 28 weiblichen, 120 Holzdreher, 9 Formmacher, 42 Korbschneider, 8 Futtermischer. Von 67 Arbeitgebern gehörten 43 der Unternehmerorganisation an. Die getroffenen Bedingungen waren schon vorher in 2 Werkstätten mit 12 Personen erfüllt. Von den in Betracht kommenden Arbeitern waren 229 männliche und 22 weibliche organisiert, von ihnen über 26 Wochen 183 männliche und 14 weibliche. Drei waren im Hirsch-Dünder-

sehen Gewerkschaften, 5 in anderen Gewerkschaften und 48 gar nicht organisiert.

Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 13 1/2 Stunden pro Woche für 28 weibliche und 60 männliche Personen; ferner eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1.83 Mk. pro Mann und Woche für 258 Personen. Die Arbeitszeit betrug vor der Bewegung 60,3 Stunden pro Woche, nach der Bewegung 58,9 Stunden pro Woche. Der Wochenverdienst betrug vor der Bewegung pro Woche 19.79 Mk., nach der Bewegung 21.77 Mk.

Feiner sind in 7 Fällen korporative Arbeitsverträge geschlossen worden. In der Werkstatt Roschmierz ist durch Sondervertrag die Arbeitszeit gänzlich beseitigt, dafür ist das System der Lohnarbeit eingeführt worden. Der niedrigste Wochenlohn beträgt 22.18 Mk., der höchste 25.60 Mk. In 5 Fällen sind genannte Differenzen unter Vermittelung der Bevollmächtigten beigelegt worden. Die Kosten der Bewegung betragen für die Hauptkategorie 51 Mk. und für die Polakategorie 16 Mk.

Abwehrlohnbewegungen ohne Arbeitszeitkürzung machte sich in 5 Betrieben nötig, die zusammen 190 Arbeiter beschäftigten. Für die Bewegung kamen in Betracht 79 Personen. Von den Beschäftigten waren 181 Tischler, 7 Maschinenarbeiter und 2 Sonstige, von ihnen wieder waren 175 organisiert, 2 im Hirsch-Dünder'schen Gewerkschaften, 6 bei den Christlichen und 7 nicht organisiert. In Lohnkürzung wurde abgelehrt pro Mann und Woche 1.75 Mk. für 46 Personen. Die Arbeitszeit blieb dieselbe. Der Wochenverdienst betrug vor der Bewegung 25.32 Mk., nach der Bewegung 27.02 Mk. Weiter wurde eine drohende Verschlechterung des Tarifs zurückgewiesen. Alle diese Fälle wurden mit der Werkstatt-Kommission und dem Bevollmächtigten erledigt und hatten vollen Erfolg.

Angriffslohnbewegungen mit Arbeitszeitkürzung kamen in 4 Betrieben vor, die 38 Personen beschäftigten. Es trafen 37 Personen 31 Tage lang. Organisiert waren unter 13 Wochen 6 Kollegen, von 13-26 Wochen 15 Kollegen und über 26 Wochen 15 Kollegen. Dazu kommt 1 Christlicher. Verheiratet waren 19 mit 38 Kindern unter 14 Jahren. Der Verlust an Arbeitsstunden betrug 312 Tage, der Verlust an Arbeitsverdienst 723 Mk. Die 4 Kämpfe endeten mit Erfolg. Die Arbeitszeit betrug vor der Bewegung 55 Stunden wöchentlich, nach derselben 54 1/2 Stunden pro Woche. Der Verdienst belief sich vor der Bewegung pro Woche auf 18.50 Mk., nach der Bewegung auf 20.50 Mk. Streikunterstützung wurde an 18 Verheiratete mit 18 Kindern und an 18 Ledige gezahlt, und zwar aus der Hauptkategorie 247 Mk. und aus der Polakategorie 314.85 Mk. für insgesamt 309 Tage.

Abwehrlohnbewegungen mit Arbeitszeitkürzung war in 3 Betrieben vorzugehen. In diesen waren 60 Arbeiter beschäftigt. 57 Mann machten 8 1/2 Tage im Streik durch. Es gingen 51 Arbeitstage verloren mit einem Arbeitsverdienstverlust von 136 Mk. In allen 3 Fällen wurde mit vollem Erfolg verhandelt. Es kamen 2 Tarifabschlüsse zu Stande. Bereits Gemeindefrage wurden wieder weiter beschäftigt. In einem Falle wurde eine Lohnreduzierung von 1 Mk. bei 4 Personen zurückgewiesen. Verbandsmitglieder waren 53, 2 waren im Hirsch-Dünder'schen Gewerkschaften organisiert. Verheiratet waren 42 Mann mit 87 Kindern unter 14 Jahren. Streikunterstützung wurde an 4 Kollegen mit 7 Kindern in Höhe von 12 Mark für 12 Tage aus der Polakategorie gezahlt.

Dazu kommen in diesem Halbjahre noch zwei Ausprägungen. Die Mai-Ausprägung zunächst brachte 560 Kollegen für zwei Tage aus den Fabriken heraus. Die Unterstützung dafür betrug 2202 Mk. Die Ausprägung der Metallindustriellen 109 18 Betriebe mit 641 darin beschäftigten Holzarbeitern mit sich. Davon wurden 513 Mann auf die Dauer von 48 Tagen ausgeprägt. Verheiratet waren 299 Kollegen und hatten 476 Kinder unter 14 Jahren. Der Verlust an Arbeitsstunden war 18,255 Tage, an Arbeitsverdienst 73,020 Mark. An Unterstützung wurde gezahlt:

a) Hauptkategorie	88,922.87 Mk.
b) Polakategorie	6,891.—
In Sa.	48,813.87 Mk.

Mithin hatten die Ausgeprägten während der Dauer des Kampfes ein persönliches, pekuniäres Opfer von 1.35 Mk. täglich zu bringen. Organisiert waren 388 über 26 Wochen, 29 von 13-26 Wochen und 14 unter 13 Wochen, 72 waren Hirsch-Dünder und 10 Christliche.

Dieses wäre in trockenen Zahlen der Bericht. Was nachgewiesen werden konnte, ist wiederum das, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband den Berufscollegen ein allezeit treuer Bundesgenosse sein und bleiben wird. Bezeichnend ist dagegen das Begehren der Nachbarbeiter-Organisationen, der christlichen und Hirsch-Dünder'schen Gewerkschaften. Sie sind zur Untätigkeit verdammt. Sie machen sich nur bekannt, wenn es gilt, die Interessen der Arbeiter zu verraten.

Die gestörte Sonntagsruhe.

Der Deutsche Metallarbeiterverband läßt die Beiträge von seinen Mitgliedern, die in der Umgebung Breslaus wohnen, durch einen Kassierer abholen. Dieser erleidet seine Touren per Rad und nimmt auf Wunsch der Kollegen auch die Metallarbeiterzeitung mit.

Nun kehrte der betreffende Kassierer, wenn er nach Opperau kam, immer bei dem dortigen Gastwirt Niewitcki, der den Gerichtsstreik inne hat, ein, um sich durch Speise und Trank zu stärken. Noch nie hatte Herr Niewitcki Anstoß daran genommen, daß sein Gast stets mit einer kleinen Touristentasche, in der sich die abzuliefernden Zeitungen befanden, bei ihm einkehrte, und beide Teile kamen bei diesem Verkehr auf ihre Rechnung. Doch mit des Geschickes Mächten, ist kein ewiger Bund zu schließen. Herr Niewitcki konnte als staatsferhaltender Gastwirt keinen ewigen Bund schließen, denn der Saal-Boykott kam schnell.

Auch Herr Niewitcki gehört zu den Elementen unseres deutschen Vaterlandes, denen jeder politisch oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter als minderwertig erscheint, denn nur hieraus läßt sich seine Weigerung erklären, der Arbeiterschaft sein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

Der Kassierer des Metallarbeiter-Verbandes hatte natürlich auch keine Ursache, den staatsrettenden Herrn Gastwirt mit seinen Arbeitergroßen weiter zu belästigen und stellte seine Besuche mit der Zeitungstasche ein. Aber der Arme, er hatte die Rechnung ohne den schmolgenden Wirt gemacht. Dieser unterrichtete sofort den in Opperau des Saal-Boykotts wegen stationierten Gendarm davon, daß ein Mann sonntäglich per Stahlrad ankommt und im Dorfe eine Zeitung abgibt. Er fühlte sich in seiner Sonntagsruhe gekränkt.

Sin Strafmandat von einer Mark sollte den Sonntagsruhestörer zur Naision bringen. Der dagegen erhobene Einspruch hatte Freisprechung zur Folge, da sich nicht einmal der Gendarm, sondern, nach dessen eidlischer Aussage, nur der Gastwirt Niewitcki in Opperau in seiner beschaulichen Sonntagsruhe, die ihm ja jeder Arbeiter gönnen wird, gekränkt fühlte. Die Breslauer Arbeiterschaft wird aus diesem Vorgange die nötigen Konsequenzen ziehen.

Wieder ein Ostwitzer Bettelbrief.

In Ihrer Not wenden sich die Ostwitzer Saalbesitzer jetzt sogar an die Breslauer Schulhalter mit der Bitte um Unterstützung. Vor uns liegt ein solcher hystographierter Bettelbrief, der im Papierkorb des Direktors einer katholischen Schule bei Nikolaivorstadt gefunden worden ist. Er lautet wörtlich:

Ostwitz, den 29. Juni 08.

Sehr geehrter Herr Direktor!

Wegen Mindererhaltung meines Saales zu sozialdemokratischen Versammlungen, bin ich von der Parteileitung beauftragt worden. Ich habe infolgedessen nicht die Erlaubnis die erforderliche in meinen Verpflichtungen nachzukommen und befinde mich in einer sehr fatalen Lage.

In der Hoffnung, daß ich berichtig von Seiten der katholischen Vereine und Schulen unterstützt werde, damit ich für die Zukunft mich lebensfähig erhalten kann, habe ich die letzte Nacht meinen Saal für sozialdemokratische Versammlungen nicht zur Verfügung zu stellen. Um meinen Plan durchzuführen, wende ich mich verzweifelnd als Katholik und als derjenige, welcher beschriebene Obenämter in der Kapellen- sowie in der Gemeindevorstellung von Ostwitz bekleidet, an Sie anzuwenden Herr Direktor mit der Bitte, mich nach Kräften durch Besuch Ihrer Schule, oder durch Empfehlung möglichst unterstützen zu wollen, damit ich nicht der Schule, Kirche- und Staatsfeindlichen Partei zum Opfer falle. In der Hoffnung meine Bitte möglichst zu berücksichtigen, zeichne ich mich mit aller

Hochachtung ergebend
Maximilian Knabe.

Vom 1. Juli ab einwärtiger katholischer Saalbesitzer in Ostwitz.

Es bleibt einfach unverständlich, wie ein Mensch sich lieber zu solchen Bettelbriefen erniedrigen kann, als den Arbeitern nur ihr ihnen gesetzlich gebührendes Recht zukommen zu lassen. Der Brief wird ein überaus wirksames Stück unseres Agitationsarsenals noch recht lange bleiben.

* Die Diensträume des 15. Polizeikommissariats sind von Klosterstraße Nr. 95 nach Königgrätzerstraße Nr. 11 verlegt worden.

* Breslauer Sommertheater. Heute Donnerstag beenden Frau Goldschmidt, Herr Steinhilber sowie Herr Gortan ihr erfolgreiches Gastspiel und verabschieden sich mit der so heilsam aufgenommenen Tragödie „Erdaeil“ von Webedind. Freitag findet die dritte Aufführung des lustigen Schwanks „Hofel Bombabon“ statt. In Vorbereitung befindet sich die Komödie „Die Besessenen“ von Dornay, welche als nächste Novität in Szene geht.

* Schwere Unfälle. Am 3. Juli, Nachmittags gegen 3 Uhr, verunglückte ein achtjähriger Knabe am Treppeneingang dadurch, daß er von dem Stiege eines Karren um die Erde fahrenden Bierwagens herabstürzte und von diesem überfahren wurde. Der schwerverletzte Knabe, dem der Wagen direkt über den Brustkorb ging, wurde auf der nächsten Unfallstation an der Elbingstraße verbunden und dann bewußtlos nach dem Allerheiligen-Hospital gefahren.

* Gehörlos wurden in einem Geschäft am Ring ein Portemonnaie mit 16 Mk., einem Gürtel auf der Promenade eine Geldbörse.

* Vermißt werden seit dem 1. d. M. der 24 Jahre alte Schlossermeister Julius Stahl, Schwanstraße 20, seit dem 27. v. M. der Handlungslehrling Alexander Tischer, Alexanderstraße 11.

Aus Schlesien und Posen.

„Das war der deutsche Tag“

Dem Deutschen Tag in Warschau, auf welchem sich die Kurapatowen in tschakowischen und Reich-Verbannten versammelten, stellt das hiesige „Ant. Blatt“ in Gielmitz, allerdings unabsichtlich, folgendes einseitige Zeugnis auf:

„Die Feste in der Stadt, so besonders der Ratzeleer, waren natürlich sämtlich überaus schön, schließlich schlug für jeden die Stunde der Heimkehr und gar mancher wird in der Stimmung des fahrenden Schülers heimgelehrt sein, die das Ich kennzeichnet:

Der Saal ist verschollen,
Der Wein ist vermischt,
Stumm ist ich und hämmend umher.
Es taumeln die Säulen im Sturmwind umher,
Es taumeln die Wellen ins Meer!
Das war der Deutsche Tag!
Wenn das nicht Entfremdung sein soll, ist es eine famose Kritik der Patriotensammelnacht.

Neue Arbeit für die Gerichte.

Aus Glogau wird gemeldet: Die dreizehnjährige Maria Müller war vom Schöffengericht zu Steinau a. O. wegen Verleumdung eines anderen Schulmädchens mit einem Verweis bestraft worden. Der Vater hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, welche er aber wieder zurückgezogen. Wenn die Gerichte sich jetzt noch mit den gegenseitigen Verleumdungen von Schulmädchern beschäftigen lassen, kann man die Zahl der Gerichte wohl verdoppelt werden lassen. Wir wundern uns nur, daß sich die Richter nicht selbst dagegen auflehnen, daß sie ihre Zeit mit dergleichen wichtigen Staatsaktionen vertrödeln müssen.

Zwei schlesische Bankgänger.

Der wegen Depotunterschlagung heftig verfolgt Bankier Cobin in Wien wurde auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Wien in Wien von den österreichischen Behörden verhaftet. Seine Verhaftung in das Gerichtsgefängnis zu Regensburg erfolgte, sobald die erforderlichen Verhandlungen über die Auslieferung zwischen den Behörden des Reichs und der Provinz beendet sind. Der Cobin des Bankiers Riffenmacher in Sprettan beschuldigte nachmals das Reichsgericht. Bekanntlich war R. vom Landgericht Glogau wegen Depotunterschlagung, Betrug, Untreue und Unterschlagung zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. R. der seit langem Jahren ein Ungehöriger betrieb, hatte seit zwölf Jahren seine Papiere gezogen und seine Bücher schlecht geführt. In vielen Fällen hat er seine Karten betrunken, ihm ihre Wertpapiere zu übergeben, indem er ihnen versprochen, dieselben müßten ungetroffen werden. R. hat aber die Papiere in seinem Kasten verwahrt. Wegen Depotunterschlagung hatte das Schwurgericht R. noch zu weiteren zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Auf die von R. eingeleitete Revision hatte das Reichsgericht beide Urteile aufgehoben und die Sachen an die Bezirksämter zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen. In der neuen Verhandlung hatte das Landgericht gegen R. nur auf fünf Jahre Gefängnis erkannt. Gegen dieses Urteil hatte R. wieder Revision eingelegt, welche aber bei dem Sitzungsrat des Reichsgerichts als unzulässig verworfen hat, wodurch das Urteil des Landgerichts bestätigt ist. Riffenmacher wird sich nun noch

wegen Depotunterschlagung vor dem Schwurgericht zu verantworten haben.

Vom Sommerverkehr im Gebirge.

Aus einer Sommerreise des Vorgebirges erzählt der „Volksfreund“, allerdings vor Beginn der Ferien geschriebene Zeilen: Der Verkehr ist und bleibt schwach. Es wäre wohl verfrüht, schon jetzt von einem Frühjahr zu sprechen, aber die Saison läßt sich kaum an. In Berlin werden über unter Gebirge die gebräuchlichsten und schädlichsten Unwahrheiten verbreitet. Die geschicktesten und schlauesten Anwaltsstellen in Geschäftsstellen. Dort wird die Mühe verbreitet, im Riesengebirge seien die Sommerfrischen überflutet. Die Beweise haben Berliner Sommergäste mitgebracht. In Wirklichkeit ist das gerade Gegenteil der Fall. Da ruht die Begeisterung des R.-G.-V. und das Reichsamt des neuen Vereins „mit dem langen Namen“ wohl allerdings nicht. Da ist der beste Wille umsonst. In letzter Stunde gibt es nur noch ein Mittel, das nämlich die anständige Presse die Unwahrheiten aufdeckt.

Striegau, 5. Juli. Ein Erfolg der Tabalarbeiter. Einen Teil der hiesigen Tabalarbeiter ist es gelungen, auf friedlichem Wege eine Lohnerhöhung von 1 Mk. bis 1.85 Mk. pro Tausend zu erreichen. Am Montag Mittag fand im Geschäftszimmer des Konsumvereins Striegau unter Einwirkung sämtlicher Vertreter, des Ganleiters und des Vorstandes des Konsumvereins eine Verhandlung statt. Nach längerer Aussprache gab der Vorsitzende des Konsumvereins Striegau, Genosse Mittel, die Erklärung ab, daß die Verpaltung gewillt sei, wenn die Arbeiter durch eine Lohnerhöhung nicht mehr an dem alten Preis geliefert werden könnten, eine Erhöhung im Verkaufspreis eintreten zu lassen. Daraufhin kam eine Einigung zustande und erklärten sämtliche Fabrikanten, die vom Ganleiter gewünschte Lohnerhöhung sofort eintreten zu lassen. Hauptsächlich folgen auch die übrigen Konsumvereine Schlesiens dem guten Beispiel Striegaus und werden ihren Bedarf an Baccaren nur von solchen Firmen, welche die von der Ganleitung des Deutschen Tabalarbeiter-Verbandes festgesetzten Preise zahlen. Folgende Firmen haben sich bereits verpflichtet, diese Preise zu zahlen: Striegau: Bänke, Franz, Schön, Meyer und Schöber; Janer: Schlagmann und Köbner; Pangenbela: Roste und Treckner.

Kattowitz, 5. Juli. Ein Eisenbahnunfall ereignet, sich am 4. d. M. in früher Morgenstunde auf dem Bahnhof Dabowice. Der Personenzug 911, der um 1/2 Uhr die Station Kattowitz verläßt, fuhr dort einem Güterzug in die Flanke, wodurch 5 Wagen des Güterzuges entgleisten und ein Hilfsbremser verletzt wurde.

Großen, 5. Juli. Vom Kaslo der Dismarkevolontäre. Die Hiltzger Arbeiter und Arbeiter, 5000 Morgen groß, sind aus deutschen Händen an die polnischen Grafen Potocki und Tomara für 1/2 Millionen verkauft worden. Geschäft ist eben Geschäft. Da kümmert sich der „patriotische“ Deutsche den Teufel um sein liebes Vaterland, wenn er ein gutes Geschäft machen kann. Straft das aber nicht an Hochverrat?

Kleine provinzielle Nachrichten.

Auf der bei Rothbach gelegenen Gustavgrube brachen unvermutet auf einem Hügelberge Bergsteiger ein und verschütteten den Aufstieg. Die Bergsteiger, sowie der Bergmann Karl Krause aus Schwargenthal. Beide wurden erschlagen. Der Bergsteiger gelang es nur mit großer Anstrengung, die Leichen zu Tage zu fördern. Der im Pirchberger Gerichtsgefängnis in Untersuchungsbefehl befindliche Mauerputzer Pichig aus Kunzendorf griff, hat durch Öffnen einer Füllader einen Selbstmordversuch unternommen. Im Glück wurde der Selbstmordversuch durch die Hilfe der Polizei in das nächste Krankenhaus gebracht. Pichig gehört zu der bekannten Friedberger Eisenhüttenwerke, die am Freitag vom hiesigen Schwurgericht abgeurteilt werden soll. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in die evangelische Schule in Ausendorf bei Münsterberg ein. In einem Klassenzimmer befand sich das Dienstmädchen des Lehrers. Dieses wurde vom Blitz erschlagen. Ein Leinwand des Bergwägen-Gemaltes, welcher sich schwere stählige Verletzungen an einem Unterarmen zu schulden kommen ließ, ist verletzter. Ein Mitglied des Glogauer Kriegsgerichts stellte Untersuchungen an. Ein gefühlvoller Verleumdungsfall aus Altmühlwies, Kreis Königsbrunn, ist die Polizei auf die Spur gekommen. Die Bomben hielten sich mit Vorliebe in Frauenkleider, machten sich an Männer heran und brannten diese schließlich unter Anwendung des Messers. Dieses gefühlvolle Treiben dauerte schon geraume Zeit, bis es der Polizei in der Nacht zum Sonntag gelang, zwei der Haupttäter, und zwar die Selbsterleider Schenk und Strofsch, festzunehmen.

Die russische Revolution.

Die Schlächter von Bialystok.

Die Untersuchungskommission, die von der Dum a nach Bialystok entsandt wurde, als die Kunde von der dort eingetretenen Unruhen bekannt wurde, hat ihren Bericht eingereicht, der in folgenden Aufzählungen besteht:

1. Es steht fest, daß General Bogajewski und der Chef des Stabes der 16. Infanterie-Division schon am 1. Juni den Polizeimeister Kobak und den Gouverneur Rißer von der Verwaltung der Stadt entfernt haben, während der Kriegsausland erst nach der Judenfrage verhängt worden ist. Dieses beweist, daß die Judenfrage provokatorisch organisiert war, und bekräftigt die Militärbrigade, ohne die Zivilbehörden zu verlassen.
2. Es ist festgestellt, daß die Truppen nur selten am Hausen teilgenommen haben. Doch sind einzelne Fälle registriert. So hat bei der Untersuchung der Kasernen geraubte goldene Uhren gefunden worden.
3. Es ist festgestellt, daß die Plünderer unter dem Schutze von Generaloffizieren gemietet worden sind.
4. Es ist festgestellt, daß die Kirchenbannträger, ohne ihre Ehrenämter abgelegt zu haben, an Raub und Mord teilnahmen.
5. Es ist festgestellt, daß Arrestierte in den Bezirks-Polizeiverwaltungen toteschlagen worden sind und dann als Leiche, die man auf der Straße angetroffen habe, in die Polizei gebracht worden sind.
6. Beim Prüßeln und Toeschlagen in den Polizeiverwaltungen ist der Chef der hiesigen Sektion der politischen Polizei Oberwachtmeister Jünger gewesen.
7. Durch die Explosion auf der Alexandrowschen Straße ist nur die Panjakowloja betrunken worden. Die betrunkenen Anna Diminjal hat unter Revolverbeschuss gelitten.
8. Wo sich die Offiziere einmengen, gelangte es ihnen leicht, die Menge zu unterdrücken.
9. Es sind Offiziere zugegen gewesen, die die Räuber und Mörder ansehten, indem sie riefen: „So ist's recht! Da! Sieht für uns ein!“

10. Die Morde in den Wohnungen wurden sofeinmatisch eingeleitet. Ruffen vollführten Polizei und Truppen eine Hausdurchsuchung nach Bomben und Revolvern. Dann ließ es, das Geschick sei gefunden. Die Truppen beschossen das Haus und ließen die Hooligans hinein. Der Bericht der Kommission, die die vorstehenden schauerlichen Tatsachen festgestellt hat, wird voraussichtlich in dieser Woche in der Dumja zur Erleuchtung kommen. Den zarischen Bestien können dann wieder einige Stunden der ersten Vergeltung blähen.

Der Prozeß gegen die Arbeiterdeputierten, die wegen Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes angeklagt sind, mußte wegen Ausbleibens wichtiger Zeugen vertagt werden. Bei der Verhandlung kam es zu ähnlichen Kundgebungen trotz großer Polizei- und Militärkräfte. Die Angeklagten riefen dem Auditorium zu: „Vollständig den Ausbruch der Revolution!“ Der Schuldige. Der Beamte der Bialystoker Polizei, welcher von der Kommission und der Untersuchungskommission beschuldigt wird, die Judenmassaker in Bialystok arrangiert zu haben, wurde vom Minister des Innern telegraphisch nach Petersburg beordert.

**Vereins-Kalender.
Breslau.**

Zum Parteisekretariat.
Neue Grauensstraße 5/6, III., werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmebescheinigung sowie Bescheinigung auf die „Rollewacht“ zu haben. Nachbarschaften können im Parteisekretariat nicht erteilt werden.

Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 5. Juli:
Tabalarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4. Vortrag des Sekretärs Kuntzsch.
Malce. Vereinsversammlung Abends 8 Uhr im Zimmer 2.
Freitag, den 6. Juli:
Gewerkschaftsarbeit. Sitzung. Zimmer 2.
Sonntag, den 8. Juli:
Rüttcher. Quartals-Versammlung Nachmittags 4 Uhr. Zimmer 1.
Mischelstein- und Heizerverband (Nat. Vereine). Mitglieder-Versammlung, Nachmittags 2 Uhr, Zimmer 2.
Montag, den 9. Juli:
Generalverband der Schuhmacher. Berichterstattung von der Generalversammlung. Zimmer 2.
Dienstag, den 10. Juli:
Metallarbeiterverband (Bauanschläger) Zimmer Nr. 3. Ohne Buch kein Zutritt.
Sonntag, den 15. Juli:
Tabalarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr: 50-jährige Jubiläumsfeier des Kollegen Kordese im Zimmer Nr. 2.
Kreie Turnerstaffel. Abends 7 Uhr: Quartals-Versammlung im Zimmer Nr. 1.

Wirkstellungen des Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 3 (Gräßschener Vorstadt).
Mittwoch, den 11. Juli: Zusammenkunft der Bezirksführer und Mitglieder; Beschlußfassung über einen Ausflug.

Distrikt 6 (Mikolaitor).
Freitag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder wegen einer sehr wichtigen Beschäftigung im bekannten Lokal.

Distrikt 14 (Oshauerort).
Sonntag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im bekannten Lokal.

Distrikt 15 (Oshauerort).
Sonntag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im bekannten Lokal. Beschlußfassung über einen Ausflug; Bahlabend: Abrechnung der Bezirksführer. Kontrollkarten sind mitzubringen.

Land-Distrikt 2 (Kofel und Pilsnit).
Sonntag, den 8. Juli, Vormittags 9 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder des ganzen Distrikts wegen Quartalsabrechnung.

Land-Distrikt 3 (Groß-Mochern, Kentschan, Gristan).
Freitag, den 8. Juli: Zusammenkunft der Mitglieder und Bahlabend im bekannten Lokal. Jeder hat zu erscheinen.

Sorgan. Öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen: Sonntag, den 8. Juli, Nachmittags 2 1/2 Uhr im „Eisernen Helm“. Tagesordnung: 1. Was lehrt der Gottesberger Bergarbeiterstreik? Referent: Genosse Schütz-Breslau. 2. Die... 3. Verschiedenes.

Goldberg. Sozialdemokratischer Verein für Kleingeld-Goldberg-Bahnau, Ortsgruppe Goldberg. Sonntag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum Neuen Haus.

Friedland, Kreis Waldenburg. Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Kreis-Wahlvereins. Sonntag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr in den „Fürstentümern“.

Dittersbach. Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter-Verband. Sonntag, den 8. Juli, Mittags 12 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Saale des Gasthauses „Zur Krone“ in Altwasser.

Janer. Öffentliche Konsumvereins-Versammlung Montag, den 9. Juli, Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum grünen Adler“. Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Konsumvereine. Referent: Genosse Mittel, Geschäftsführer des Konsumvereins Striegau.

Auf Abzahlung!
unglaublich kleine Anzahlung.
Möbel
Anzüge
überzieher usw.
Max Biemann
Ring 51, I. Et.
neben der Stockgasse.

Ruba-Seife ist im Gebrauch immer noch die billigste und beste, weil reine Kernseife und bei hoher Waschkraft sparsam im Verbrauch. 1890
Alleiniger Fabrikant: Rudolph Balhorn, Breslau.
Verkaufsstellen: I. Neue Schwandlitzerstrasse 4, II. Friedrich-Waldstr. 8, III. Albrechtstr. 3 (alte Vorstadt vom Ring).
Fabrik: Steinstrasse.